

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Gerichts-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 139

Bromberg, Mittwoch den 21. Juni 1933

57. Jahrg.

Die Angleichung in Danzig.

Wer sich dem Glauben hingeben hat, die nationalsozialistische Revolution in Deutschland sei nichts anderes, als ein radikaler Regierungswechsel, wird gerade in den letzten Tagen eines anderen belehrt. Die machtvolle Bewegung Adolfs Hitlers hat zunächst den Kommunismus fortgesetzt und den Marxismus Severings erschlagen. Jetzt greift der Totalitätsanspruch immer stärker auf die rechts stehenden verbündeten Gruppen über und beansprucht die Führung der evangelischen Kirche. Übrig bleibt vorerst nur noch das Zentrum, das freilich längst seine früher entscheidende Rolle als Zünklein an der Waage ausgespielt hat. Unberührt lässt man auch die katholische Kirche, der keine Erinnerung an ein Landesfürstentum anhaftet.

In Danzig wird heute die erste nationalsozialistische Regierung gewählt. Sie besteht aus zwölf Senatoren, von denen zehn von der herrschenden Partei besetzt werden, während zwei Regierungsmitglieder als Vertrauensleute des Zentrums aufgenommen sind. Die Deutschen-nationalen sind an der Regierungsbildung nicht mehr beteiligt. Man hat ihre Stimmen nicht einmal zur qualifizierten Mehrheit nötig. Die Sozialdemokraten bilden eine völlig bedeutungslose Opposition.

Heute: Wahl der neuen Danziger Regierung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter)

In der Volkstagssitzung am heutigen Dienstag, dem 20. d. M., soll bereits die neue Regierung gewählt und vereidigt werden. Außer Dr. Rauschning (Präsidium, Landwirtschaft und Außenpolitik) und Greiser (Innen), deren Persönlichkeit als die der beiden die neue Regierung tragenden Männer in der „Deutschen Rundschau“ bereits eingehend gewürdigt ist, werden folgende neue Namen genannt: Mittelschullehrer Adalbert Boeck als Kultusminister (NSDAP), Hochschulprofessor Hoepfner als Bausenator, der frühere nationalsozialistische Volksabgeordnete und stellvertretende Leiter des Landesarbeitsamts Hans Albert Hohnfeldt als Sozialsenator, Diplomingenieur Huth als Betriebsenator und Medizinalrat Dr. Kluck (NSDAP) als Senator für Gesundheitswesen. Von Mitgliedern der jetzigen Regierung werden wiederkehren: Julius Hoppenrath als Finanzsenator, der schon, als er noch dem Block der nationalen Sammlung angehörte, aus seinen Sympathien für die NSDAP kein Hehl mache und vom Zentrum der bisherige Vizepräsident des Senats Dr. Wiercinski-Kreiser als Justizsenator, sowie Prälat Samachki, der seit Bestehen der Freien Stadt allen Regierungen angehört hat und mit seinen 80 Jahren wohl das älteste Mitglied der Regierung sein wird und aus Pöllnitz im Kreise Schlochau gebürtig ist.

Von den neuen Männern stammen Dr. Rauschning aus Thorn, Greiser aus Schröda (Posen), Hohnfeldt aus Neuwasser, Hoppenrath aus Klein Buhig, Kluck aus Danzig, Boeck aus Wielkowka im Kreise Briesen. Die meisten Mitglieder der neuen Regierung stammen also aus dem ehemaligen Westpreußen und Posen.

Der zum Senator ausersehene Abgeordnete Bertsing ist aus der Deutschen-nationalen Partei ausgetreten und ist in die Nationalsozialistische Partei als Hospitant eingetreten. Er ist von Beruf Tischler. Der gleichfalls zum Senator ausersehene Abg. von Wück, der gleichzeitig Vorsitzender des Danziger Volkstages sein wird, wird nach einer bestimmten Zeit seinen Posten als Senator aufgeben. Sein Ressort wird von dem neuen Vizepräsidenten des Senats übernommen werden, der gleichzeitig das Wirtschaftsreferat übernehmen wird. Die Persönlichkeit dieses Vizepräsidenten und Wirtschaftsführers, die voraussichtlich aus Deutschland geholt werden soll, steht noch nicht fest. Vorläufig wird der Abg. Greiser als Innensenator gleichzeitig die Funktionen eines Vizepräsidenten des Senats übernehmen.

Zum Scheitern der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschen-nationalen in Danzig

wird dem Zentrumsorgan von deutschnationaler Seite folgendes mitgeteilt:

Die Verhandlungen, welche seitens der Deutschen-nationalen Front durch den Präsidenten Dr. Biehm und seitens der NSDAP durch den Abgeordneten Greiser am Mittwoch und Sonnabend geführt wurden, hatten folgenden Verlauf:

Der Abg. Greiser überbrachte im Auftrage von Herrn Dr. Rauschning folgende Forderungen, die er als Voraussetzung für den Eintritt der Deutschen-nationalen in die Regierung bezeichnete:

1. Die Deutschen-nationalen sollten den Kampf ring auflösen,

SA. und SS. in Österreich verboten. Der NSDAP. jede Betätigung untersagt!

Wien, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung) Ein außerordentlicher Ministerrat hat in den späten Abendstunden des gestrigen Montag für das ganze österreichische Gebiet die SA. und SS. verboten und der NSDAP. jede Betätigung, sowie die Bildung von Parteiorganisationen untersagt. In einer amtlichen Begründung heißt es, daß die Beteiligung der NSDAP.-Angehörigen an den letzten Attentaten erwiesen sei. In Wien ist sofort nach dem Beschluss des Ministerrates die Polizei und die Garnison in Alarmbereitschaft versetzt worden. Für Übertretung des Verbotes wurden scharfe Geld- und Gefängnisstrafen angedroht.

In Krems an der Donau wurde auf eine Gruppe der christlich-deutschen Turnerschaft ein Handgranaten-Anschlag verübt, wobei sieben Personen schwer verletzt wurden. Für drei von ihnen besteht Todesgefahr. Das Verbot der NSDAP. in Österreich soll in erster Linie auf diesen Anschlag zurückzuführen sein.

Wien, 20. Juni. (PAT) Amtlich wird mitgeteilt, daß es der Wiener Polizei gelungen sei, alle Urheber der letzten Anschläge in Österreich ausfindig zu machen. Sie gehören den nationalsozialistischen SA- und SS-Formationen an. Am letzten Sonnabend haben zwei verhaftete Nationalsozialisten bekannt, daß sie an den Anschlägen beteiligt waren und haben Einzelheiten über die Art der Herstellung und die Herkunft der Bomben mitgeteilt. Sie sollen, der amtlichen Mitteilung zufolge, fünf führende Mitglieder der nationalsozialistischen Organisationen Österreichs als geistige Urheber genannt haben. Zwei Führer sind noch am Sonnabend ver-

haftet worden. Die drei weiteren Mitglieder werden noch gesucht. Es wird jedoch angenommen, daß sie inzwischen nach Deutschland geflohen sind.

19 Personen wegen des Anschlags bei Krems verhaftet.

Wien, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung) Wie aus Krems an der Donau berichtet wird, sind im Zusammenhang mit dem am Montag verübten Anschlag auf die Assistenz-Kompanie insgesamt 19 Personen verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich der Scharführer der Nationalsozialistischen Partei, Moser, der beschuldigt wird, die Tat begangen zu haben. Auch der Name eines zweiten Beschuldigten soll bereits bekannt sein. Nach ihm wird gefahndet. Den übrigen Verhafteten wird Mittäterschaft zur Last gelegt. Das Befinden der bei dem Anschlag Verletzten ist aufgeruhestellt. Es wird angenommen, daß auch die Schwerverletzten mit dem Leben davongekommen werden.

Der Bundesführer der österreichischen Heimwehren, Fürst Starhemberg, erlässt einen Aufruf, in dem zur Ruhe und Disziplin aufgerufen wird.

Erste Antwort aus Deutschland.

München, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung) Der „Völkische Beobachter“ schreibt zum Verbot der NSDAP. in Österreich: Der Kampf werde nicht früher abgebrochen werden, als bis die Unglücksmänner und Volksverräte Dolfus, Baugoin usw. davongejagt seien.

Bei um so unverständlicher, als wie ihm bekannt sei, dem Zentrum überhaupt keine Bedingungen gestellt seien.

Herr Greiser erklärte, er habe lediglich seinem Auftrag gemäß eine Antwort auf die Forderungen entgegenzunehmen. Herr Dr. Rauschning werde den Deutschen-nationalen einen schriftlichen Briefsend zukommen lassen.

An Sonnabend teilte dann Herr Dr. Rauschning schriftlich mit, daß er „zu seinem großen Bedauern die Ablehnung ihrer Wünsche zur Kenntnis nehme und die Verhandlungen als gescheitert abschließen müsse.“

Die „Danziger Landeszeitung“ bemerkte dann von sich aus: Im Interesse Danzigs, das von innen- und außenpolitischen schweren Gefahren bedroht ist, müsse die Ausschaltung der Deutschen-nationalen von der Mitarbeit und Mitverantwortung in der Regierung außerordentlich bedauert werden. Daß die NSDAP. überhaupt nicht den ersten Willen gehabt habe, mit den Deutschen-nationalen zu einer Einigung zu kommen, gehe daraus hervor, daß — wie nachträglich bekannt geworden sei — der Abg. Bömer stundenlang mit deutschnationalen Abgeordneten verhandelt hat, um sie zum Übertritt in die NSDAP. zu bewegen und dabei wörtlich geäußert hat, „die Deutschen-nationalen werden unter keinen Umständen in die Regierung kommen. Die NSDAP. werde ihnen solche Bedingungen stellen, die sie unter keinen Umständen annehmen können“.

Eine Erklärung Dr. Rauschnings.

Auch der künftige Präsident Dr. Rauschning hat eine Erklärung herausgegeben, derzufolge die NSDAP. von vornherein nicht beabsichtigt habe, eine ausgesprochene Koalition einzugehen, da sie ja in der Lage sei, ausschließlich aus eigenen Kräften eine Regierung zu bilden. Sie habe, als sie an die Deutschen-nationalen und an das Zentrum herangetreten sei, nur die Grundlage des Vertrauens durch Hereinnahme von Persönlichkeiten der anderen Parteien erweitern wollen. Ohne besondere Bedingungen sei mit dem Zentrum schnell eine Übereinstimmung über die künftige Regierungspolitik gelungen. Den Deutschen-nationalen hätten aber bei der immer noch bestehenden Kampfslösung einige Wünsche unterbreitet werden müssen. Diese Wünsche seien selbstverständlich und berechtigt gewesen vom Standpunkt der NSDAP. hätten aber leider kein Entgegenkommen gefunden. Es sei daher nicht die Schuld der NSDAP. wenn abermals durch eine wenig elastische Führung der DNVP die Verständigung mißglückt sei und wertvolle Kräfte für den Wiederaufbau Danzigs außerhalb einer geschlossenen Front geblieben seien.

Die Grundsätze der künftigen Regierungspolitik, die zur Übereinstimmung mit dem Zentrum führten, sind nach der Landeszeitung: Achtung der Verfassung und Verträge, Betonung des christlichen Standpunktes, Unabhängigkeit der Rechtsprechung, Gleichberechtigung und gleiche Behandlung aller Danziger Staatsbürger, enge wirtschaftspolitische Anlehnung an das Reich.

Kommunistischer Antrag im Volkstag.

Die Kommunisten beginnen bereits den Kampf gegen die Nationalsozialisten im Volkstag, indem sie nachstehenden Antrag eingebracht haben, in welchem sie Wahlforderungen und Wahlversprechungen aus dem Wahlkampf aufgegriffen haben. Der Antrag lautet:

"Wir beantragen, der Volkstag wolle beschließen: Der Senat wird beauftragt, sofortige Verhandlungen mit den dafür berufenen Sielen einzusetzen mit dem Ziel:

1. Aufhebung aller Vorrechte Polens gegenüber der Freien Stadt Danzig;
2. Änderung des Zollverteilungsschlusses zugunsten Danzigs;
3. Beseitigung aller polnischen Boykottmaßnahmen gegen Danziger Waren;
4. Liquidierung des polnischen Munitionslagerplatzes auf der Westerplatte."

Neue Danziger Staatsbank?

Wie die "Danziger Landeszeitung" aus nationalsozialistischen Kreisen hört, bestehen bei den Nationalsozialisten Pläne, nach der Neubildung der Regierung in Danzig in engstem Zusammenhang mit der Bank von Danzig eine

Danziger Staatsbank nach dem Muster und dem Aufgabenkreis der preußischen "Seehandlung" ins Leben zu rufen. Diese Bank soll Aufgaben übernehmen, zu deren Durchführung die als unabhängige Notenbank gegründete Bank von Danzig — die in ihrer Unabhängigkeit bestehen bleiben soll — auf Grund ihrer Sitzung nicht in der Lage ist. Der Aufgabenkreis der neuen Staatsbank soll eng umrissen werden, sie soll auch nicht in den Aufgabenkreis der Städtischen Sparkasse eingreifen.

Polnische Beschwerde

beim Hohen Kommissar wegen Führung der Auswärtigen Angelegenheiten Danzigs.

Wie aus polnischer Quelle verlautet, hat der polnische diplomatische Vertreter in Danzig dem Hohen Kommissar des Völkerbundes einen Entscheidungsantrag auf Grund des Artikels 39 der Pariser Konvention überreicht, in dem die Feststellung verlangt wird, daß die Freie Stadt Danzig Beziehungen zu anderen Staaten ausschließlich durch Vermittlung Polens unterhalten dürfe. In der Note wird behauptet, daß die Freie Stadt Danzig diese Verpflichtung in einigen Fällen verletzt hätte. Vom Hohen Kommissar wird verlangt, daß er diese angeblichen Verfehlungen der Freien Stadt feststellen möchte.

Die Nationalsozialisten schaffen den Totalen Staat.

Unter großer Anteilnahme aus dem ganzen Lande begann am Sonnabend in Weimar der Gauparteitag der NSDAP Thüringen mit einem Kongress der Amtswalter, SA, SS und Hitler-Jugend.

Beachtenswerte Aussführungen machte Reichsstatthalter Sauckel, der zunächst über den Sinn des Gantages sprach und dann unter großem Beifall für die Landesregierung und den Thüringer Staat die Totalität des Nationalsozialismus verkündete.

"Ich befahle Ihnen unmehr", so sagte er, "die Intoleranz gegen alles andere. Es darf in Thüringen für die Zukunft nur einen politischen Glauben geben. Das ist der Glaube und die Idee des Nationalsozialismus." In zähem Kampfe werde man zu erreichen wissen, daß die Jugend nur dem Nationalsozialismus und Adolf Hitler allein gehören. Das Recht zu der Intoleranz nahmen die Nationalsozialisten aus der Notwendigkeit des einheitlichen Denkens und Handelns der gesamten Nation. Diskussionen über Dinge, die unser Leben und die Existenz des Volkes berührten, dürfte es nicht mehr geben. Mit dem Stempel des Verräters müsse derjenige gebrandmarkt werden, der es wage, die Richtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung in Zweifel zu ziehen.

Bor Gleichschaltung

sämtlicher Jugendverbände?

Aus Schwerin (Mecklenburg) wird gemeldet:

Bei dem großen Aufmarsch der Hitlerjugend und des Jungvolkes von Mecklenburg-Lübeck vor dem Schweriner Schloß hielt Reichsstatthalter Hildebrandt, von den 5000 Jungen und Mädchen mit einem dreifachen Siegheil begrüßt, eine Ansprache, in der er daran hinwies, daß die Hitlerjugend mit ihrem ganzen Leben nur dem Volk und Vaterland zu dienen habe.

Unter tosendem Beifall teilte der Reichsstatthalter dann mit, daß in der kommenden Woche in Mecklenburg-Lübeck sämtliche Jugendverbände aufgelöst und verboten würden. Auch die sogenannten christlichen Jugendorganisationen hätten nicht das Recht, an jungen deutschen Menschen staatspolitische und sozialpolitische Erziehungsmethoden zu versuchen. "Die körperliche Fruchtigung der deutschen Jugend und ihre Erziehung zur Volksgemeinschaft, erklärte der Statthalter, werden wir allein in die Hand nehmen. Darauf werden alle Heime und Besitzungen der gesamten Jugendverbände Mecklenburgs und Lübecks der mecklenburgischen Hitlerjugend zur Verfügung gestellt."

Reichsstatthalter Hildebrandt schloß mit einem Siegheil auf den Reichskanzler und das ganze deutsche Volk.

Stahlhelm - Düsseldorf verboten.

Düsseldorf, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat den Stahlhelm in seiner bisherigen Organisationsform bis auf weiteres verboten.

Die Auflösungs-Verfügung für die ostpreußischen Stahlhelm-Ortsgruppen aufgehoben!

Treuburg (früher Marggrabowa), 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag nachmittag fanden auf dem Landratsamt zwischen dem stellvertretenden Landrat und dem Landesführer des Stahlhelm Ostpreußen, Major a. D. Schöppfer, im Beisein des Standartenführers Benthke-Goldap Verhandlungen über die Auflösung der Ortsgruppe des Stahlhelm in Schareyken und sechs weiteren Stahlhelmsformationen statt, die folgendes Ergebnis hatten:

Die Verfügung des stellvertretenden Landrats vom 16. Juni 1933/gh. 23 betr. Auflösung der Ortsgruppe des Stahlhelm in Schareyken u. m. wird aufgehoben, nachdem folgende Vereinbarung getroffen worden ist:

1. Der Landesführer tritt der Maßnahme des stellvertretenden Landrats betr. die Auflösung der Ortsgruppe des Stahlhelm in Schareyken bei. Mit der Neubildung der Ortsgruppe wird Herr Kurt Kalweit in Stoszken beauftragt.

2. Bis 1. Oktober 1933 werden im Kreise Treuburg keine Anwärter für den Stahlhelm verpflichtet.

3. Der Kreis-Stahlhelmführer steht dafür ein, daß die seit dem 30. Januar neu hinzutretenen Stahlhelmanwärter die vorgeschriebene Anwärterzeit durchmachen. Diese beträgt für gewöhnlich drei Monate, bei früher links gerichteten Personen sechs Monate. Über Abkürzung der Anwärterzeit entscheidet allein der Kreis-Stahlhelmführer. Die Anwärter tragen bestimmungsgemäß weder Abzeichen noch Uniformstücke und sind von öffentlichen Umzügen ausgeschlossen, die unter Vorantragung der Fahne stattfinden.

4. Zur Beilegung von Streitigkeiten innerhalb der Wehrverbände wird die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Ehrengerichts in Aussicht genommen."

der Öffentlichkeit den falschen Eindruck erwecken dürfen, als ob sie mit der NSDAP in irgendwelchem Zusammenhang stehen.

Die Auslands-Ortsgruppen der NSDAP werden hier von nicht berührt.

Die Deutschen verlassen die Arbeits-Konferenz.

Berlin, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer amtlichen Mitteilung hat die deutsche Abordnung an der internationalen Konferenz in Genf infolge der dauernden und schweren Belästigungen gegenüber Deutschland sich gezwungen gesehen, die Konferenz zu verlassen.

Amerika weist Polen zurecht.

Eine amerikanische Note.

Washington, 20. Juni. (PAT.) Der amerikanische Staatssekretär Philips hat gestern dem polnischen Botschafter in Washington eine Denkschrift folgenden Inhalts überreicht:

Die Regierung der Vereinigten Staaten bestätigt den Empfang der Note der polnischen Regierung, in welcher diese ihren Standpunkt bezüglich ihrer am 15. Juni 1932 fällig gewesenen Schuldenverpflichtungen gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten feststellt. Die Regierung der Vereinigten Staaten bemerkt hierzu, daß die polnische Regierung weder ganz noch teilweise ihren Verpflichtungen nachgekommen ist, die sich aus den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Verträgen ergeben. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist daher gezwungen, mit aller Offenheit auf die Folgeerscheinungen hinzuweisen, die sich aus einer Nichterfüllung der Verpflichtungen der polnischen Regierung in bezug auf die am 15. Dezember 1932 fällig geweisen Schuldenrate ergeben. Diese Rate ist bisher weder bezahlt noch ist sie zwischen beiden Staaten neu geregelt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hebt daher mit besonderem Nachdruck hervor, daß die polnische Regierung mit einer Nichtbezahlung dieser Raten sich auf den Grundsatz der Zahlungsunfähigkeit stellt.

Frankreich ist peinlich berührt.

Paris, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der amtlichen amerikanischen Erklärung, daß Schuldenverhandlungen mit Frankreich erst nach Zahlung der fälligen Raten aufgenommen werden könnten, schreibt die der Regierung nahestehende "Le Nouvelle", Herriot habe doch recht gehabt, als er im Dezember die Zahlung der fälligen Rate an Amerika verlangte. Wäre damals die Kamm Herriot gefolgt, so hätte sie Frankreich die trockene Antwort Washingtons erspart und hätte es außerdem vermieden, daß Frankreich auf die schwärze Liste kommt. Es sei bedauerlich, daß man Amerika Gelegenheit gegeben habe, eine so unfreundliche Antwort zu erzielen, die aber im Grunde genommen sehr verständlich sei.

Paris, 20. Juni. (PAT.) Der "Temps" berichtet aus Washington, daß die amtlichen Kreise endgültig den Beschluß gefasst haben, Frankreich für die nächste Konferenz zur Regelung der Kriegsschuldenfrage nicht einzuladen, sondern Frankreich nicht vorher allen seinen Verpflichtungen nachkommt, die sich aus der Nichtzahlung der Dezemberrate vorigen Jahres und der Junirate dieses Jahres ergeben.

Blutiger Kampf mit Kommunisten.

Warschau, 19. Juni. (PAT) In einigen Gemeinden der Wojewodschaft Krakau wurden seit längerer Zeit kommunistische Agitationen wahrgenommen. Die kommunistische Propaganda wurde durch Flugblätter staatsfeindlichen Inhalts unterstützt. Die örtlichen Polizeibehörden haben energische Nachforschungen angestellt, um die Führer dieser kommunistischen Agitation festzustellen. Als bei einer Polizeistreife mehrere Polizisten am Sonnabend in den späten Abendstunden das Dorf Grabina in der Nähe von Krakau verließen, wurden sie aus dem Hinterhalt von einer größeren Gruppe, die sich im Getreide versteckt hielt, überfallen. Die Angreifer stürzten sich auf die Polizeipatrouille mit Baumstangen und Knüppeln und gaben auf die Polizisten mehrere Revolvergeschüsse ab. Eine Revolverkugel traf einen Polizisten, drei andere Polizeibeamte trugen Verleihungen davon. Die Polizei war gezwungen, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Dabei wurden vier Angreifer verletzt. Eine Person starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Die Polizei hat eine energetische Untersuchung eingeleitet.

Alleine Rundschau.

Leichtes Erdbeben in Nord- und Mittel-Japan.

Tokio, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nord- und Mittel-Japan wurden am Montag früh von einem Erdbeben heimgesucht, das jedoch keinen größeren Schaden anrichtete, obwohl es 2½ Minuten lang andauerte. In verschiedenen Orten eilten die Einwohner auf die Straßen.

LASTKRAFTWAGEN MIT 41 BLINDEN EINER BÖSCHUNG HINABGESTÜRTZT.

Friedenstadt (Württemberg), 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Unterhalb des Ortes Ellerbogen im Schwarzwald trug sich am Montag ein schweres Autounfallglück zu. Die im Kloster Heiligenbronn, oberhalb Oberndorf, untergebrachten Blinden machten in Begleitung von Schwestern der Anstalt einen Kraftwagenausflug. Der mit 41 Personen besetzte Wagen geriet auf dem Rückweg aus bis jetzt noch unbekannten Gründen aus der Fahrbahn und stürzte die außergewöhnlich steile Böschung hinab. Das Auto überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Fünf Personen, sämtlich Blinde, darunter vier Männer und ein Mädchen, waren sofort tot. Eine Reihe von schwer- und leichtverletzten wurde in das Bezirkskrankenhaus Friedenstadt gebracht.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Aenderungen im Posttarif.

In letzter Zeit wurden einige Änderungen im Posttarif durchgeführt, von denen wir die wichtigsten hier kurz wiedergeben.

Inlandsverkehr und mit Danzig.

Briefsendungen bis 20 Gramm im Ortsverkehr 15 Groschen, im Fernverkehr 30 Groschen, bis 100 Gramm im Ortsverkehr 20 Groschen, im Fernverkehr 45 Groschen, bis 250 Gramm im Ortsverkehr 30 Groschen, im Fernverkehr 60 Groschen, bis 500 Gramm im Ortsverkehr 40 Groschen, im Fernverkehr 80 Groschen.

Postkarten im Ortsverkehr 10 Groschen, im Fernverkehr 20 Groschen; mit Rückantwort im Ortsverkehr 20 Groschen, im Fernverkehr 40 Groschen.

Drucksachen bis 25 Gramm 5 Groschen, bis 50 Gramm 10 Groschen, bis 100 Gramm 15 Groschen, bis 250 Gramm 25 Groschen, bis 500 Gramm 50 Groschen, bis 1000 Gramm 60 Groschen, bis 2000 Gramm 70 Groschen. — Einmal versandte Drucksachen (Einladungen) Warenproben, Mischsendungen in einer Zahl von über 100 Stück kosten 60 Prozent, über 500 Stück 50 Prozent, über 1000 Stück 40 Prozent (Aufschrift: Oplacono golkowka).

Warenproben (Handelspapiere, Mischsendungen) kosten bis 100 Gramm 15 Groschen, bis 250 Gramm 25 Groschen, bis 500 Gramm 50 Groschen, bis 1000 Gramm 60 Groschen.

Telegramme im Ortsverkehr 25 Groschen Grundgebühr, jedes Wort 5 Groschen; im Fernverkehr 50 Groschen Grundgebühr, jedes Wort 15 Groschen.

Zusatzgebühren: Einschreibengebühr 50 Groschen, Express 80 Groschen, Postlagernd 10 Groschen, Wertbrief oder Paket 50 Groschen.

Im Auslandsverkehr.

Briefe bis 20 Gramm 60 Groschen, für jede weiteren 20 Gramm 30 Groschen. Nach Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien bis 20 Gramm 50 Groschen, für jede weiteren 20 Gramm 30 Groschen.

Postkarten 35 Groschen, mit Rückantwort 70 Groschen. Nach Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien mit Rückantwort 60 Groschen.

Drucksachen für jede 50 Gramm 10 Groschen.

Handelspapiere für jede 50 Gramm 10 Groschen, Minimum 60 Gr. Warenproben, Mischsendungen für jede 50 Gramm 10 Groschen, Minimum 20 Gr.

Zuschlagsgebühren: Einschreibengebühr 60 Gr., Express 1,00 Zloty.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. Juni.

Weiterhin kühl.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit etwas Regen und weiterhin kühle Winde aus westlicher Richtung an.

Der Flugverkehr im Monat Mai.

Im Monat Mai hatte der Flugverkehr bisher noch der Verkehr auf den polnischen Fluglinien bisher noch nicht zu verzeichnen. Während im gleichen Monat des Jahres 1929 durch die Flugzeuge der Fluggesellschaft „LOT“ 1181 Passagiere befördert wurden, waren es im Jahre 1930 — 1237, im Jahre 1931 — 1506, im Jahre 1932 — 1170, dagegen im Mai 1933 — 2639. Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahre das erste Mal auch an Sonntagen Flugzeuge verkehrten, die sich einer besonderen Frequenz erfreuen. Außerdem haben die Flugzeuge im Berichtsmonat befördert: 17 027 Kilogramm Gepäck, 22 509 Kilogramm Waren, gegen 200 000 Briefe im Gewichte von 4994 Kilogramm und 2320 Kilogramm Beiträge. Zurückgelegt wurde eine Flugstrecke von 209 520 Kilometer.

Sein 25jähriges Meisterjubiläum begeht am heutigen Tage Töpfermeister Oskar Schöpper, Töpferstraße (Szuny) 9. Er hatte das Handwerk bei seinem Vater gelernt, gründete im Jahre 1896 sein Geschäft und machte am 20. Juni 1908 sein Meisteregamen. Vor dem Kriege war Herr Schöpper Obermeister der Töpferinnung.

Stadtverordneter Pawłowski †. In der Nacht zum Montag ist der erst 27 Jahre alte Stadtverordnete Wacław Pawłowski gestorben. Er gehörte bereits seit dem Jahre 1926 der Stadtverordnetenversammlung an und war von der Liste der Polnischen Sozialdemokratie in das Stadtparlament gewählt worden. Der Verstorbene gehörte zu den eifrigsten Mitgliedern seiner Fraktion.

Wegen Diebstahls hatte sich der der Polizei sattsam bekannte 28jährige Bolesław Łauk vor dem hiesigen Kreisgericht zu verantworten. Zusammen mit ihm nahmen auf der Ullagebank Platz, der 24jährige Józef Kubiat und die 55jährige Helena Bielańska. Im November v. J. soll Ł. bei dem Kolonialladenbesitzer Mieczysław Balcer, Promenadenstraße, einen Diebstahl ausgeführt haben. Im April d. J. soll er zusammen mit Ł. aus der Wohnung des Kaufmanns Sobieski eine Fleischmaschine und andere Gegenstände gestohlen haben. Endlich hat Ł. noch den seiner Zeit bei dem Drogierbesitzer Gundlach ausgeführten Einbruch, bei dem für einige hundert Zloty Drogeriewaren entwendet wurden, verübt. Die Diebesbeute wurde in der Wohnung bei der bekannten Hohlerin, der Mittagelaggen B., versteckt und ein Teil derselben später von der Polizei aufgefunden. Ł. gibt vor Gericht mit großer Zungenfertigkeit an, daß er die Waren, die angeblich aus Diebstählen herührten, von einem Unbekannten gekauft habe. Der Angeklagte Ł. will an den Diebstählen nicht teilgenommen haben. Die B. erklärt, nicht gewußt zu haben, daß die in ihrer Wohnung verdeckten Waren aus Diebstählen stammten. In der Gerichtsverhandlung gelang es nur, den Einbruch in die Drogerie Gundlach dem Ł. nachzuweisen, wofür er vom Gericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Für die anderen beiden Diebstähle wurde dem Ł. und der B. nur Hohlerei nachgewiesen, wofür beide je drei Monate Gefängnis erhielten. Der Angeklagte Ł. wurde mangels an Beweisen freigesprochen.

Eine unverbesserliche Butterfälscherin hatte sich in der Person der 45jährigen Händlerin Władysława Koronowska aus dem Kreise Bromberg vor dem hiesigen

Kreisgericht zu verantworten. Die Frau ist bereits zu wiederholten Malen vom Gericht wegen Butterfälschung bestraft worden. Immer wieder ließ sie sich jedoch dazu verleiten, anstatt vollwertiger gefälschte Butter auf den Markt zum Verkauf zu bringen. Letzten wurde ihr Butter abgenommen, die bei der Untersuchung 30 Prozent Wasser aufwies. Vor Gericht versuchte sie sich stets dadurch herauszureden, indem sie angibt, sie hätte die Butter von Händlern gekauft. Damit ihr endlich einmal die Butterfälscherei verleidet wird, verurteilte das Gericht die K. sechs Monaten Gefängnis.

Gefälschter Dieb. In den späten Abendstunden des gestrigen Montags beobachtete ein Polizist auf einer der Nebenstraßen einen Mann, der einen schwer beladenen Handwagen zog. Der Beamte hielt den Mann an und entdeckte auf dem Handwagen zwei Ambosse und eine größere Menge von Bandsägen. Die Untersuchung ergab, daß man es mit Diebesgut zu tun hatte, das aus der Eisenfabrik Wodynski, Kurfürstenstraße (Senatorska) 63 stammte.

Im Zusammenhang mit der Unwetterkatastrophe am Freitag werden wir von zuständiger Stelle gebeten, darauf hinzuweisen, daß auf Grund der einschlägigen Bestimmungen die Haushälter verpflichtet sind, alle im Grundstück befindlichen Installationseinrichtungen der Kanalisation und Wasserleitung, wozu auch die sich in den Hauptrevisionsschächten befindenden Revisionssäulen gehören, in vorschriftsmäßiger Ordnung zu halten. Es hat sich erwiesen, daß die meisten Schäden während des letzten Unwetters hauptsächlich auf die Vernachlässigung dieser Revisionssäulen bzw. auf deren ungenügendes Verschließen oder gar Offlassen zurückzuführen sind.

Eine Richtigstellung geht uns zu der in Nr. 136 veröffentlichten Notiz „Ehrenurkunde vor dem Alter“ zu. Danach ist es nicht wahr, daß das Ehepaar Dorsch Portiersleute im Hause Albertstraße (Garbarz) 6 sind und daß Dorsch die Frau Dománska wegen Überschreiten der Polizeistunde auf das Teppichklopfen aufmerksam gemacht hat. Unwahr ist ferner, daß Frau D. dermaßen auf Dorsch zuschlug, daß ärztliche Hilfe nötig war. Wahr ist dagegen, daß die Dorschschen Cheleute die Frau beim Teppichklopfen angefallen und diese mit den größten Schimpfworten überhäuft haben, weshalb ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wurde.

Eine Richtigstellung geht uns zu der in Nr. 136 veröffentlichten Notiz „Ehrenurkunde vor dem Alter“ zu. Danach ist es nicht wahr, daß das Ehepaar Dorsch Portiersleute im Hause Albertstraße (Garbarz) 6 sind und daß Dorsch die Frau Dománska wegen Überschreiten der Polizeistunde auf das Teppichklopfen aufmerksam gemacht hat. Unwahr ist ferner, daß Frau D. dermaßen auf Dorsch zuschlug, daß ärztliche Hilfe nötig war. Wahr ist dagegen, daß die Dorschschen Cheleute die Frau beim Teppichklopfen angefallen und diese mit den größten Schimpfworten überhäuft haben, weshalb ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wurde.

Danzig.

Dunkle Siebel, hohe Fenster,
Türme tief aus Nebeln sehn.
Bleiche Statuen wie Gespenster
lautlos an den Türen stehn.

Träumerisch der Mond drauf scheinet,
dem die Stadt gar wohl gefällt,
als läg zauberhaft versteinet
drunter eine Märchenwelt.

Ringsum durch das tiefe Lauschen
über alle Häuser weit
nur des Meeres fernes Rauschen —
wunderbare Einsamkeit.

Und der Türmer wie vor Jahren
singet sein uraltes Lied:
„Wolle Gott den Schiffer wahren,
der bei Nacht vorüberzieht.“

Joseph Freiherr von Eichendorff.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Viertetafel. Mittwoch: wichtige Besprechung. Alle erscheinen. (4893)

O. Budzin, 19. Juni. In dem beschworenen Orte Portolic brannte am Donnerstag mittag dem Besitzer Prengel sein Wohnhaus restlos nieder. Nur dem sehr schnellen Eintreffen der Radwanderer Feuerwehr ist es zu verdanken, daß die Scheune gerettet werden konnte. Ł. erleidet großen Schaden, da er sehr gering versichert ist.

K. Czarnikau, 19. Juni. Kindesmord. Am Freitag tötete ein Dienstmädchen in Sarben (Sarbia), Kreis Czarnikau, ihr acht Monate altes, uneheliches Kind, welches sie frischgezogen zu trinken gab. Das arme Kind erlitt einen qualvollen Tod.

In der Nacht zum Montag hatte sich das Pferd des hiesigen Ackerbürgers Märker losgerissen und war in die Scheune geraten. Hier brach es durch eine Kellerdecke und verletzte sich schwer. Ob man es befreien konnte, war das wertvolle Tier eingegangen.

* Gdin (Gdynia), 19. Juni. Kürzlich beging die hiesige deutsche Privatschule eine Schulentlassfeier, welche durch einen Kirchgang eingeleitet wurde. Anschließend daran fanden in der Schule Deklamationen statt. Der Schulvorstand, Molkereidirektor Panek, dankte den Lehrkräften für ihre aufopfernde Tätigkeit und sprach zu weiterer Arbeit an. Der besten Schülerin wurde ein Buch überreicht. Namens der Lehrkräfte dankte Fräulein Jagusch für die anerkennenden Worte. Nach dem Gesange eines geistlichen Liedes fand die Feier ihren Abschluß.

q. Gnesen (Gniezno), 19. Juni. Erhängt fand man in diesen Tagen den Arbeiter Kowalewski aus Roza bei Gnesen auf. Er war wegen Diebstahls von seiner Arbeitsstelle entlassen worden und nun schon längere Zeit arbeitslos. Der Lebensmüde stand im 35. Lebensjahr.

Feuer brach in Kruchowo bei dem Landwirt Barz aus. Die Scheune und das Wohnhaus wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden belief sich auf 10 000 Zloty.

j. Jarotschin, 19. Juni. Eine Frau in Boguslawia leidet seit längerer Zeit an einer Nervenkrankheit. Als sie dieser Tage nun den Besuch zweier Bettlerinnen haite, fragte sie diese nach einem Mittel zur Heilung der Krankheit. Es wurde ihr eine „Radikalkur“ verschrieben. Danach mußte die Frau zwei Fünfschüsselstücke, eine goldene Uhr mit Kette im Werte von 150 Zloty, den Chering, andere wertvolle Ringe, 4 silberne Messer, Gabel und Löffel und ein Bett-

laken hergeben. Nach zwei Tagen wollten die beiden Bettlerinnen mit den Sachen zurückkehren. Inzwischen sollte die Kranke genesen sein. Die Frau hat die Bettlerinnen nicht mehr gesehen, ihre Sachen auch nicht, leidet auch nach wie vor an ihrer Nervenkrankheit, ist aber vielleicht von ihrer grenzenlosen Naivität geheilt.

z. Inowrocław, 19. Juni. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde gleich zu Beginn über zwei Dringlichkeitsanträge, und zwar über die Armenunterstützung sowie über die Einführung einer vierten Schicht in den städtischen Unternehmungen zur Milderung der Arbeitslosigkeit beraten. Beschlossen wurde, dem Gastwirt Golaszewski in Monty den Mietzins auf 150 Zloty zu ermäßigen, ferner die Firma „Thermal“ zu beauftragen, die Solbadstraße sowie die Straße vor dem Gymnasium und der Nikolaikirche mit Hilfe heilsamer Arbeiter auszubessern. Zum Schluss wurde beschlossen, den rückständigen Mietzins des Mädchengymnasiums ab 1. Juli d. J. in vierteljährliche Raten von je 90 Zloty zu zerlegen.

+ Lissa, 19. Juni. Die neuen Glocken der evangelisch-reformierten Johanniskirche sind eingetroffen und wurden am Freitag und Samstag auf den Turm gezogen. Die Glocken wurden auf der Danziger Werkstätte hergestellt. Die größte von den drei neuen Glocken hat ein Gewicht von 31 Zentner. Von den beiden anderen Glocken wiegt die mittlere 18 Zentner und die kleinste 8 Zentner. Der Aufzug, der unter Leitung eines von der Danziger Werkstatt entsandten Monteure durchgeführt wurde, ging glatt von statthaften und hatte eine große Zahl interessanter angesehen. Ein dreiter Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag in der Fleischerei Ł. Skorupka, ul. Leszczyńska, verübt. Die Diebe gelangten durch das Küchenfenster über der Ladentür in den Laden, öffneten die Tür von innen und stahlen danach Fleisch- und Wurstwaren im Werte von über 100 Zloty. Ein zweiter Einbruch wurde in die Schule des Lehrers von Frl. Bachmann, Plac Dr. Mehiga, verübt, wo den Dieben sämtliche eingeschlagenen Früchte, sowie Wein und andere Gewürze in die Hände fielen.

z. Pojen (Poznań), 20. Juni. Beim Fußballspiel zwischen den Fußballclubs „Britania“ und „Blaß“ wurde dem Spieler Stanisław Tużynski von seinem Gegner das Schlägelbein gebrochen. — Die Ehefrau Marie Agacinska in Lawica-Dorf wurde von dem Radfahrer Jan Prez überschlagen und nicht unerheblich verletzt. — Bei einer Straßenprügelei wurde Stefan Szadepaniak von seinem Gegner, dem Arbeiter Stanisław Andrzejewski zu Boden geworfen und sehr schwer verletzt.

Als Lucjan Skrzypczak aus der Gwiazdówstr. 22 wegen Kükkelblättern festgenommen wurde, zeigten seine Mitspieler eine staunenswerte Solidarität, indem sie ihren Genossen dem arretierenden Schuhmann zu entreißen versuchten. Erst nachdem dieser einen Schreckschlag abgegeben hatte, entfernten sich die Genossen.

Pferd und Drosche im Gesamtwerke von 2000 Zloty wurden dem Besitzer Anton Kamyszek vor einem Lokal am Goethepark gestohlen. — Bei der gestrigen Fronleichnamsprozession in Gurtshin wurde ein Teilnehmer um seine Tasche von 540 Zloty und zwei Wechsel von einem Taschendiebe erleichtert. — Aus der Autogarage der Firma „Venetta“ wurden 2 Autoreifen im Werte von 750 Zloty gestohlen.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 22. Juni.

Königsberg.

06.20: Konzert. 09.45: Theodor Storm: „Wenn die Apfel reifen“. 10.10: Schulfest: Röthsild siegt bei Waterloo. 11.30: Zeitung. 12.00 ca.: Von allem etwas (2.) (Schallplatten). 14.00: Schallplattenkonzert. 14.45: Kinderstunde. 15.10: Praktisches Naturforschen. Dr. Walter Noelle: Sonnenlehre des Pfingstens. 15.45: Wilhelm Busch: Kritik des Herzengs. 16.00: Von Königsberg: Konzert. 17.00: Für die Frau. 17.25: Zeitung. 17.35: Musik unserer Zeit. 18.00: Das Gedicht. Anschr.: Kammermusik. 18.30: Zur Unterhaltung: Alt Bekannt. 18.50: Peter Drost zu Hülshoff. 20.00: Kernspruch. Anschr.: Orchesterkonzert. 21.00: Die Rückkehr zur Natur. Volksstück von Paul Fedder. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Gewitterbericht. 23.00–24.00: Von Langenberg: Nachtmusik und Tanz.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 12.00: Konzert. 14.20: Idylle (Schallplatten). 15.40: Das Buch des Tages. 16.00: Von Königsberg: Konzert. 17.00: Kinderfest. 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht. Anschr.: Liederstunde. 18.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: Annette Drost zu Hülshoff. 20.00: Zum 75. Geburtstag Puccini: Die Mutter der Oper „Tosca“, Musikdrama in drei Akten von Puccini. 21.10: Das deutsche Violinenzert. Franz Schäfer, Violine.

Königsberg-Danzig.

06.20–08.00: Konzert. 09.00: Gemeinschaftsprogramm der deutschen Schulfunkstender. Aus dem Leben in Staat und Wirtschaft. 11.30: Schallplatten. 12.00: Von Breslau: Konzert. 13.05: Unterhaltungsmusik. 15.30: Jugendstunde. 16.00: Konzert. 17.55: Bücherstunde. 18.25: Landwirtschaftsfest. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Annette Drost zu Hülshoff“. 20.00: Deutsche Volks- und Jägerweise. 20.40: Panoptikum. Ein fantastisches Funkpotpourri von Ernst Jerosch.

Leipzig.

06.20: Konzert. 12.00: Schallplatten. 13.15: Schallplatten. 16.00: Konzert. 20.00: Militärkonzert. 21.10: Weltstadt Berlin. 21.55: Puccini-Schallplatten.

Warschau.

12.00–13.00: Schallplatten. 14.45: Schallplatten. 16.30: Von Giechocinek: Konzert. 17.15: Konzert des Ukrainischen Nationalchores „Lyzenko“. Solistin: Kurnatowska, Sängerin. 18.30: Schallplatten. 20.00: Volkstümliches Konzert. Funkorchester. Dir.: Namysłowski. Solistin: Proniak: Sopran. Am Flügel: Urstein. 22.00: Tanzmusik und leichte Musik. 22.40: Tanzmusik.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. Juni 1933.

Krakau — 1.24, Jawichost + 0.91, Warschau +

Am 16. Juni 1933 verstarb zu Ostrówki
Herr Administrator a. D.

Paul Arnemann.

Der selbe hat durch 55 Jahre in vorbildlicher Weise
treue in guten und bösen Tagen als Gutsverwalter in
und für Zurawia gewirkt. Sein Andenken wird auch
über das Grab hinaus bei mir und meiner Familie in
dankbarer Erinnerung stehen.

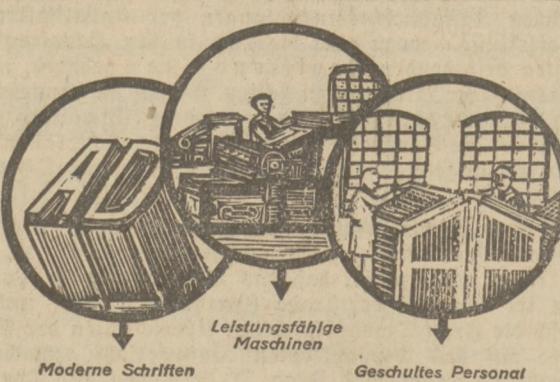
Franz v. Bülow-Zurawia.

Zurawia, den 19. Juni 1933.

DANZIGER WERFT BAUT KÜHLANLAGEN

MARKT- und FISCHHALLEN, SCHLACHTHÖFE
BRAUEREIEN, MOLKEREIEN
SCHOKOLADENFABRIKEN
HOTELS, RESTAURANTS, KONDITOREIEN
FLEISCHEREIEN, WURSTFABRIKEN
KRANKENHÄUSER, PENSIONATE

KÜHLAUTOMAT „GLACIA“
GEEIGNET für KLEIN- u. MITTELBETRIEBE
ZENTRALE: DANZIG, WERFTGASSE 4.
TEL. 23441-47. TELEGRAMME: DANZIGER WERFT.



das sind unsere Trümpfe,

die wir Ihnen in die Hand geben zur
geschmackvollen und preiswerten Aus-
gestaltung Ihrer Drucksachen. Lieblos
hergestellte Werbedrucke sind wertlos
und wandern in den Papierkorb. Ver-
langen Sie von uns unverb. Vorschläge

Großdruckerei A. Dittmann

T. z. o. p.
Bydgoszcz, Marsz. Focha 6, Telefon 61

Offene Stellen

Für meine 1800 Morgen
große Wirtschaft wird
alleinig Beamter
zum 1. 8. gesucht. Be-
herrschung d. polnischen
Sprache u. zeitl. selbst.
Disp.-Bermg. Beding.:
Periodische Präsentation
nur an mein. Wunsch.

Osman - Salno, 4886
p. Melno, p. Grudziądz.

Zur Ausbildung, in der
Landwirtschaft, unt. Chef
auf mod. Betr. mit gut.
Verpflegung findet ein
Heirat in Verbindung
zu treten mit charakter-
voller, wirtschaftl. und
gesund. Dame z. 40-50
von sympath. Erscheinung.
Irdl. Welen und unab-
hängig. Vermögen 10-15000 zt
ew. Ausführ. Bildoff.
Bild w. zurückgesichtigt
bitte vertrauenso., nicht
anonim, zu ländl. u. d.
4811 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Suche von sofort od.
zum 1. Juli einen ledig.

Schweizer
für 20 bis 24 Milch-
kühe. 4888

W. Krellau,
Katarzyniec, pocz. Ru-
nowo, p. Bydgoszcz.

Suche für bald freundl.
bescheidene 4885

Hausmutter

18-20 J. zur Erlerng.
v. Haush. u. Einmach.
vornehme Erscheinung,
besitzt erl. flott. Geist.
schön. 5 Zimm. Whg.
möchte sich m. geschäfts-
fähig., vermög. Dame
bald verheiraten.

Ausf. Off. unt. W. 2352
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Erfahrene in Kinder-
pflege und Haushalt, v.
1. 7. gelucht. Angeb. mit
Angabe der Gehalts-
anprüche unt. A. 4849
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Gef. z. 1. 7. ehrl. tücht.
das

Hausmutter, loch-
famn. Meld. u. C. 2380
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Mädchen vom Lande

25 J. alt, ehrl., häuslich,
mittler, wünscht solid.

Herrn, in gel. Verhältnis.
zw. späterer Heirat
kommen zu lernen. Off.

mit Bild, welch. zurück-
gesandt w. unt. Z. 2337
a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Anständiges, ehrliches

Hausmädchen

m. gut. Kochkenntniss. v.

1. 7. gelucht. Zu-

melden Grunwaldzka 22.

2377 Frau Wintler.

Suchesof. tücht., kräftig.

2. Hausmädchen

für Hausarbeit und

Federvieh. Angebote

mit Zeugnisschriften u.

Gehaltsanspruch. an

Frau Gutsdorf Wintler,

Rekowo, p. Połochowo,
powiat morski. 4884

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d. Gesch. d. Zeitg. 4878

1. 7. gelucht. Angeb.

Off. u. C. 2383 a. d.

geraten war. Dank schneller Hilfe konnte ein Ausbreiten des Feuers vermieden werden, so daß der Schaden nicht bedeutend ist.

Neuenburg (Nowe), 19. Juni. Ein jähre Unterbrechung erfuhr ein von Briesen her im Lastauto durchfahrender größerer Buttertransport mit ca. 25 Zentnern, als er nach Graudenz zu die abflüssige Chaussee am konstiller Berge passierte. Wie sich später herausstellte, war die Bremsvorrichtung in Unordnung geraten, so daß beim Anziehen derselben das Auto umschlug und nach einer Explosion in Brand geriet. Die Insassen konnten noch rechtzeitig abspringen. Die alarmierte Feuerwehr löschte den Brand.

Auf dem letzten Wochenmarkt gab es sehr reichlich Butter für 0,90—1,20 je Pfund, Eier für 0,90—1,10 die Mandel.

a Schvez (Swiecie), 19. Juni. Am 16. d. M. entstand in dem Elektrizitätswerk Grobbek hiesigen Kreises auf bisher ungeklärter Weise Feuer. Der Schaden beläuft sich auf 50 000 Zloty.

— Tuchel (Tuchola), 19. Juni. Der Hühnerdieb, der dem Landwirt Jasiński aus Klonowo, Kreis Tuchel, sieben Hühner aus dem Stalle geholt hatte, ist von der Polizei ermittelt worden. Bei dem polizeilichen Verhör gestand derselbe, auch bei dem Besitzer J. Kobirowski in Byslaw, Kreis Tuchel, seinerzeit den Gesäßgeldiebstahl ausgeführt zu haben.

Bei dem letzten Gewitter, das in der hiesigen Gegend wütete, fuhr ein kalter Blitschlag in den Schornstein des Sägewerks Skominski in Cefcyn, Kreis

Tuchel, so daß der Schornstein umkippte, unglücklicherweise auf das Dach des Maschinenhauses fiel, wodurch Dach und Decke zertrümmert und Maschinen beschädigt wurden. Der Gesamtschaden ist erheblich.

Aus den deutschen Nachgebieten.

Die Tätigkeit der Vogelwarte Rossitten.

Nach dem Tätigkeitsbericht der Vogelwarte Rossitten stand das Anwachsen der planmäßigen Vogelbeobachtung besondere Aufmerksamkeit; die Jahresleistung an Beobachtung seitens der Vogelwarte und ihrer Mitarbeiter übersteigt jetzt 80 000 und ergibt entsprechende Mengen oft wichtiger Wiederfunde. Über das Sammeln von Tatsachen hinaus erstrebt die Vogelwarte Förderung allgemein wichtiger Fragen, wie sie durch bestimmte Versuche über die Orientierung der Vögel beim Zuge in Angriff genommen sind. Sie kann sich dabei nicht auf die Vogelforschung beschränken. Gewisse Arbeiten wollen die Stellung des Vogels in seiner Umwelt und seine Abhängigkeit von ihr untersuchen und die Ergebnisse auch für praktische Fragen dienstbar machen. Dies wird am deutlichsten bei der jetzt vorliegenden Bestandsaufnahme des weißen Storches in Ostpreußen. Hier sind zum erstenmal in einem so großen Gebiet eingehende Unterlagen geschaffen, über deren grundsätzliche Bedeutung Dr. Schütz sich in einem Vortrag an Hand der neuen "Storchkarte" der Vogelwarte mit Eintragung der 9500 im Jahre 1931 vorhandenen Storchorste der Provinz (wovon 8880 besetzt) aussprach.

Hugenbergs Londoner Denkschrift.

Wir haben bereits in Nr. 187 der "Deutschen Rundschau" vom 18. d. M. über die großangelegte Denkschrift des deutschen Reichsministers Dr. Hugenberg berichtet, die dieser am 16. Juni der Weltwirtschaftskonferenz in London überreicht hat. Diese Denkschrift ist so klar und ausschlußlich, daß sie in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt hat. Wir möchten sie unseren Lesern deshalb in vollem Umfange zur Kenntnis geben.

Die Schriftleitung.

"Es ist mir unmöglich" — so beginnt Dr. Hugenberg — "bei der Lage, in der mein Land sich befindet, den Versuch zu machen, mit einem leichten Schritt über den Spalt tiefer Probleme hinzuschlüpfen, die nicht nur uns Deutsche schütteln, sondern mehr und mehr die gesamte abendländische Welt einschließlich Amerika. Der Philosoph, der einem bekannten Buch den Titel gab: „Untergang des Abendlandes“, wies mit diesem Wort prophetisch auf eine Gefahr hin, die wie eine schwere Gewitterwolke am Horizont der Welt steht. Die Regierung des Landes, in dem vor langen Jahren dieses Buch geschrieben ist,

Kämpft heute unter der Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler den Kampf gegen jenen Untergang des Abendlandes.

Der verehrte Präsident dieser Konferenz, Herr Macdonald, hatte dieselbe Gefahr mit anderen Worten, aber in aller wünschenswerten Deutlichkeit so gekennzeichnet:

Die Welt treibt einem Zustand zu, wo sich das Leben gegen die Härte ausstellt und die Gewinne der Vergangenheit durch die Kräfte der Verzweiflung hinweggefegt werden. Es gibt im Sinne dieses Kampfes eine Völkerfamilie. Dienjenigen, die dazu gehören, sind im Grunde alle von dem Gefühl durchdrungen:

Wir wollen den Mut und den Geist unseres Vater nicht verlieren. Wir wollen uns nicht von dem Untermenschenamt anstrengen lassen, das in unseren eigenen Völkern aufwächst.

In der Stunde, in der die Nationen der Welt in der gastlichen Hauptstadt des englischen Weltreiches zusammentreten, darf aus deutschem Munde ein ernstes Wort nicht unausgesprochen bleiben:

Preise, Waren, Kredite, Wirtschaft usw. — das sind alles unvergeudete Begriffe gegenüber dem des frei schaffenden Menschen, wie die abendländischen Völker ihn von den Vätern übernommen haben. Wir sehen in Deutschland, darüber müssen Sie sich klar sein, für diesen Begriff. Wir tun es seit Jahren im Angesicht des Todes, aber mit einem unablässigen Willen zum Leben. Wenn wir unterliegen sollten, unterliegen die anderen abendländischen Völker mit oder nach uns. Wenn die Welt dagegen wieder gefündet werden soll, muß sie uns zunächst gestatten, wieder gefündet zu werden.

Wir sind jetzt Experten in bezug auf die Krankheit, deren Heilung der Zweck dieser Zusammenkunft ist. Wir haben alles durchgemacht und durchgeduldet, was zu dieser Krankheit gehört. Wir sind uns völlig klar über die Möglichkeit der Heilung und tragen die Rezepte dazu in uns.

Es sind nur ein paar einfache große Entschlüsse nötig.

Sie sind im Grunde für denselben kein Opfer, dem sie anscheinend Opfer zumuteten. Denn es ist in Wahrheit kein Opfer, auf ein Opfer zu verzichten, an dem man schließlich selbst zu grunde geht.

Es muß hier ganz deutlich klargestellt werden:

Weltwirtschaft ist das Nebeneinanderbestehen selbstständiger nationaler Wirtschaften.

Weltwirtschaft ist der wechselnde Warenaustausch zwischen den einzelnen konstanten Nationalwirtschaften. Die Weltwirtschaft kann deshalb nur dann wieder in Ordnung kommen, wenn jede einzelne Nationalwirtschaft zunächst sich selber wieder in Ordnung bringt. Wer der Meinung ist, daß die einzelnen Wirtschaften nur von der Weltwirtschaft her geteilt werden können, stellt die Dinge auf den Kopf und bleibt in dem Irrtum hängen, der Wirtschaft erst in den Zustand gebracht hat, in dem sie sich heute befindet.

Ausgerechnet durch das, worin man jahrelang das Heil erblickt hat, nämlich durch die internationale Schuldenverteilung, sind die einzelnen Nationalwirtschaften eine nach der anderen in Unordnung gekommen.

Die internationale Schuldenverteilung bildet den Hauptgrund der Zerrüttung aller Märkte und der Zerstörung der Kaufkraft der Völker.

Man hatte gesellschaftlich vergessen, daß Kapitaleinfuhr Warenauffuhr bedient, und daß Warenauffuhr Einfuhr fremder Arbeit heißt, und daß die Verzinsung und Tilgung der auferlegten und aufgenommenen Schulden ebenfalls nur auf dem Wege der Wareneinfuhr und Arbeitsseinfuhr möglich ist. Indem man Kredite in Gestalt von Waren in ein nicht-koloniales Land hineinwirft, zerrüttet man seine Wirtschaft. Indem das Schuldnerland sich bemüht, in Gestalt von Waren zu jedem Preis seine Zinsen und Tilgungsrate zu begleichen, rächt es sich gewissermaßen an seinen Geldgebern und an seinen Tributgläubigern. In der Zerrüttung der Weltwirtschaft durch diese Entwicklung liegt auch die eigentliche Ursache des gesamten Protektionismus der Nachkriegszeit. Hier liegt auch die eigentliche Ursache der Währungschaosankünften am internationalen Markt.

Es ist deshalb selbstverständlich und eine durchaus gern die Entwicklung, daß in allen Staaten die Tendenz dahin geht, zunächst durch Befriedung und Entwicklung der Innennähte die eigene Wirtschaft so weit wie möglich von den zerstörenden Folgen internationaler Schuldenverteilungen zu befreien.

Ich darf feststellen, daß gerade Deutschland als letztes aller Länder diesen Weg betreten hat und daß es sich erst unter der derzeitigen Regierung der geschilderten weltwirtschaftlichen Entwicklung bewußt angegeschlossen hat. Es ist selbstverständlich, daß die geschilderte Entwicklungsschwindel sich solange fortsetzen und vertiefen muß, wie die Summe der internationalen Zins- und Kapitalanprüche über dasjenige hinausgeht, was die Schuldnerländer an Warenlieferungen leisten können und was die Gläubigerländer an solchen Leistungen aufnehmen können, ohne dadurch ihre eigene Wirtschaft zu zerstören.

KATOL: TÖTET
Ungeziefer, Insekten.

gewonnenen Erfahrungen. Wir können nicht mehr tun, als unsere Erkenntnis hier auszusprechen und selbst danach zu handeln. Wenn diese Erkenntnis noch keine allgemeine sein sollte, so müssen wir warten, bis sie es sein wird, oder, mit anderen Worten,

bis die Völker, auf die es ankommt, im Unglück so weit fortgeschritten sind, daß auch in diesen die gleiche Erkenntnis zum Antrieb des Handelns wird.

Wir werden immer darauf bedacht sein, zu unserem kleinen Teil dazu beizutragen, daß es nicht zu spät zum Handeln wird.

Um den springenden Punkt ganz deutlich zu machen, füge ich noch folgende Sätze hinzu: Politische Kredite von Volk zu Volk anzunehmen und geben ist eine Versündigung an der Wirtschaft der Völker. Es läge im Gesamtinteresse der Welt, wenn rechtzeitig zwischen den Gläubigerstaaten und den Schuldnerländern eine vernünftige Vereinbarung zustande käme, die es den Gläubigerländern ermöglichte, nach und nach zu ihrem Kapital zu kommen, den Schuldnerländern, ihre Schulden zu tragbaren Bedingungen abzutragen. Es sei in der Zukunft Gläubiger- und Schuldnerländer nur auf der alten Grundlage der Herausgabe von Kapital für große Werke des Friedens geben. Ein Kolonialland kann für rentierende Werke des Friedens große, allmählich durch Waren abtragbare Schulden haben.

Einem Land mit entmittelter Industrie darf ein anderes Land nur mit äußerster Vorsicht Kredit geben, es sei denn, daß es den Kredit nur als eine Form ansieht, in der man unabsehbare Waren, z. B. Weizen, gewissermaßen verbrennt, um den eigenen Markt zu entlasten (was am Erzeugungsort billiger und für beide Länder vorteilhafter geschehen könnte).

Sind aber solche falschen Kredite gegeben und sollen sie zurückgezahlt werden, so ist die Zurückzahlung an sich der gleiche wirtschaftliche Fehler wie die Gingabe.

Sie ist nur in Form von Waren möglich, um die dann das empfangende Land die Beschäftigung seiner eigenen Arbeitskräfte einzuränken muß. Es gehört vom Standpunkt eines jeden Volkes aus zu den sozialsten Forderungen, daß es nicht in seiner Entwicklung und der Beschäftigung seiner Arbeitskräfte durch das auswandernde Kapital anderer Länder, d. h. durch fremde Wareneinfuhr, geschädigt wird. Aber es gibt andere Zeiten — Zeiten der sogenannten Hochkonjunktur —, in denen die eigenen Arbeitskräfte des Landes voll beschäftigt sind. Das sind die Zeiten, in denen ein weniger beschäftigtes Schuldnerland dem Gläubigerland Schulden in Warenform zurückzestatten kann.

Von Deutschland aus gesehen, gäbe es bei einer klugen und friedfertigen Zusammenarbeit zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern noch zwei vorurteilslose Schritte, durch die Deutschland wieder in seiner internationalen Zahlungsfähigkeit gehoben werden könnte. Der eine dieser Schritte bestünde darin, daß man Deutschland wieder

ein Kolonialreich in Afrika

gäbe, von dem aus es in diesem ganzen neuen Kontinent große Arbeiten und Anlagen ausfülle, die sonst unterbleiben würden. Der zweite Schritt wäre der, daß dem "Volk ohne Raum" Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner kriegerischen Rasse

Siedlungsraum schaffen

und große Werke des Friedens aufbauen könnte.

Denn es ist ja ein falscher Gesichtspunkt, wenn man davon redet, daß die Welt an Überproduktion leide — ebenso wie es falsch gesehen ist, wenn man sagt, daß der Grund der augenblicklichen Not in der Ausbreitung des Maschinenbetriebes liege.

Wir leiden in Wahrheit nicht an Überproduktion, sondern an erzwungenem Unterkonsumtion.

Die wesentlichste Ursache der gegenwärtigen Zustände liegt im Ausfall der Kaufkraft, also der Konsumkraft.

Krieg, Revolution und innerer Zerfall haben in Russland und in großen Teilen des Ostens den Anfang gemacht. Statt dieser Entwicklung heilend entgegenzutreten, ist sie durch künftige Ausweitung der konsumfähigsten Kulturländer der Erde nach und nach auf die Spitze getrieben. Dieser zerstörende Vorgang läuft einigemal noch weiter. Ihn gilt es abzustoppen."

*

Hugenberg gegen Falschmeldungen.

Am Tage nach Überreichung seiner großen Denkschrift ist Reichsminister Hugenberg in wichtigen Geschäftsräumen vorübergehend nach Berlin gereist. Bei seiner Abreise aus London gab Dr. Hugenberg dem Londoner Korrespondenten der Telegraphen-Union folgende Erklärung ab:

"Anscheinend von marxistisch-bolschewistischer Seite werden in die englische Presse falsche Nachrichten über die deutsche Delegation lanciert. Es sollen angeblich Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Delegation vorhanden sein. Es wird insbesondere verucht, solche Meinungsverschiedenheiten höchstlich meiner dem Herrn Präsidenten des Wirtschaftsausschusses überreichten Ausführungen zu konstruieren. Herr Wittono polemisiert in einem Interview gegen die deutsche Denkschrift, bemerkt aber selbst, daß er sie nicht gelesen habe. Er deutet, ebenso wie eine hiesige Zeitung, auf angeblich gegen Russland gerichtete Pläne hin, von denen in dem Memorandum auch nicht im entferntesten die Rede ist. Meine längst beabsichtigte und durch dringende Berliner Geschäfte veranlaßte zeitweilige Abwesenheit von London wird mit phantastischen Kommentaren versehen. Es liegt mir daran, im Augenblick meiner Abreise nur noch zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei all diesen Kombinationen um freie Erfindungen handelt."

Diese Erklärung Hugenbergs bezieht sich auf eine Reihe von Falschmeldungen, die sowohl in London als auch in Paris verbreitet waren. Die polnische Presse war bereits von ihren Londoner Korrespondenten dahin unterrichtet worden, daß Hugenberg aus London wegen seines angeblich imperialistischen Neuerers abberufen worden sei. Die "Voss. Zeitg.", die diese Nachricht zwar dementiert und eine von "zuständiger Stelle" stammende Erklärung veröffentlicht, die sich im wesentlichen mit den Richtlinien Hugenbergs deckt, bemerkt freilich zum Schlusse an der Bedeutung des Memorandums, daß es nicht die offizielle Zustimmung der deutschen Delegation trägt, daß in ihm aber eine Reihe von Grundgedanken und weltwirtschaftlichen Theorien enthalten sind, die sich durchaus mit den amtlichen deutschen Auffassungen decken dürften".

Die Weltwirtschaftskonferenz

im Spiegel der polnischen Presse.

Ein verwinkeltes Beobachtungsspiel.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Merkwürdig! Das Publikum sieht offenbarlich pessimistische Betrachtungen den schönsten Reden vor, die im Glanze des Optimismus leuchten. Es hält den Pessimismus für zeitgemäßer und darum auch für sehr viel interessanter. Der Durchschnittsleser, der hierzulande zur Zeitung greift, überfliegt hastig die Reden hochgestellter Personen, die sich bei den jetzt so zahlreichen feierlichen Anlässen ausgiebig äußern, er bringt die Geduld nicht auf, um sich genau darüber zu informieren, was etwa der Bismarck-Makowski beim Bankett zu Ehren der Polen besuchenden jugoslawischen Parlamentarier gesagt und was ihm der frühere jugoslawische Minister Andschelinovic geantwortet hatte, obwohl in diesen Reden gegen den Vierer-Pakt angespielt wurde und vom Korridor, von Gdingen und vom polnischen Meer die Rede war; der Durchschnittsleser läßt sogar die rumänisch-polnischen Presseverhandlungen beiseite, und

liest mit weit größerem Interesse neben den Nachrichten über Katastrophen, Skandale, sowie über allerlei Greuel — seltsamerweise auch die zahlreichen Berichte und Meldungen über die Weltwirtschaftskonferenz in London! Das scheint zu beweisen, daß ein Bedarf nach traurigen Nachrichten, pessimistischen Betrachtungen und Unheilsprophezeiungen vorhanden ist. Sollte das Publikum hinter der Weltwirtschaftskonferenz etwa einen Weltkrieg wittern?

Die Korrespondenzen aus London, welche von der Weltwirtschaftskonferenz handeln, nehmen einen großen Raum in der polnischen Presse ein. Die meisten einfliegigen Artikel sind im Stile geistreicher Melancholik gehalten. Die Ironie überwiegt, der Witz ist äzend, die Stimmung düster. Und gerade das behagt dem Publikum! Es will nicht glauben, daß ein anderer Ton zu den Berichten über die Weltwirtschaftskonferenz passen könnte.

Alle Korrespondenzen sind darin einig, daß die Erklärungen aller Staaten zumeist recht übereinstimmend gehalten waren, daß sie hinter allgemein anerkannte, richtige

Ideen verkündeten. Kaum handelte es sich aber darum, von den allgemeinen Thesen zur praktischen Anwendung überzugehen, da begann gleich: die Geschichte mit dem Turm von Babel. Das ist der gewinnsame Eindruck der polnischen Korrespondenten. Aber einige haben — zum Nutzen der Leser ihres Blattes — darüber hinaus noch etwas Besonderes bemerkt.

Dr. Ferdinand Zmeig vom Krakauer „Illustrowan Kurier Godzienny“ versichert z. B., daß die Konferenz nur formal eine Weltkonferenz sei; im Grunde sei sie eine anglo-französisch-amerikanische Konferenz. Es werde ausdrücklich

ein wirtschaftlicher Drei-Mächte-Pakt

vorbereitet, der — wenn er zustande kommt — über das Schicksal der Konferenz entscheiden werde. Die Gefahr dieses Paktes für die anderen Staaten bestehet darin, daß er möglicherweise (mehr als möglicherweise!) die Interessen der am Pakte nicht beteiligten Staaten unberücksichtigt lassen werde.

Damit ist also die „Gefahr“ signalisiert, welche die Sache interessant machen soll. Das schafft die nötige dramatische Spannung.

Derselbe Korrespondent belehrt den aufmerksamen Leser dahin, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz nicht das wichtig sei, was öffentlich gesagt werde, sondern was hinter den Kulissen geschehe. Das aber, was hinter den Kulissen geschieht, wird entscheidend dadurch beeinflußt, was gleichzeitig in der Welt draußen, also außerhalb der Weltwirtschaftskonferenz geschieht. Die von der ganzen Welt beobachtete Konferenz beobachtet ihrerseits die dramatischen Begebenheiten und Konflikte: wie die Verhandlungen in der Frage des deutschen Transfers, die in der „City“ geführt werden, den Konflikt Roosevelt mit dem amerikanischen Kongreß (der die Londoner Konferenz zu sprengen drohte), wie schließlich das Ringen Hitlers mit dem „kleinen Napoleon“ (Dollfuß): man beobachtet, um sich nach den angestellten Beobachtungen zu richten. Die Konferenz als Beobachter — wie interessant!..

Wie verhält sich indessen die polnische Delegation unter der Leitung des Vizeministers Koc? Sie hat sich selbst schon im vorans die Rolle auferlegt, bloß zu beobachten. Die offizielle Bezeichnung lautet, daß sie lediglich einen technisch-wirtschaftlichen, doch keinen politisch-wirtschaftlichen Charakter habe. Ihre Vollmachten sind nur auf die Teilnahme an den Beratungen beschränkt, erstrecken sich also nicht auf die Unterzeichnung von Konferenz-Akten.

Dem liegt irgendeine Politik zu Grunde, welche jedoch nicht allen Sterblichen in Polen einleuchtet. Sie leuchtet u. a. auch dem Herrn Professor Rybarski nicht ein, der in den nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ an der Haltung der polnischen Delegation Kritik übt. Professor Rybarski ist der Ansicht, daß die Delegation eines jeden auf der Konferenz vertretenen Staates einen politischen Charakter habe und zwar ohne Rücksicht auf den Bereich der Vollmachten. Es kommt ihm sonderbar vor, daß sich nur die polnische Delegation auf eine Beobachterrolle beschränken wolle. Sie hat übrigens diese Rolle in der Nede des Vizeministers Koc überschritten, die dem Führer des Nationalen Klubs den erwünschten Anlaß zu einem oppositionellen Ausfall und einigen richtigen Bemerkungen bietet. Prof. Rybarski führt aus:

„Der Vizeminister Koc sprach vor allem über Polen, über dessen finanzielle Lage und Finanzpolitik. Er erwähnte u. a., daß Polen nur auf die eigenen Kräfte gerechnet und es vermieden hätte, seine Wirtschaft auf Anleihen zu stützen.“

„War es so in Wahrheit? Während einiger Jahre hatte man doch die Heranziehung großer Massen von ausländischen Kapitalien nach Polen als Regierungserfolg verkündet. Nach dem Abschluß der Stabilisierungsanleihe im Jahre 1927, bei deren Realisierung Polen gewisse innerwirtschaftliche Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber übernehmen mußte, sollte sich doch das ausländische Kapital durch Türen und Fenster nach Polen drängen! Wenn man die Fortschritte des ausländischen Kapitals in unserer Wirtschaft während der letzten Jahre beobachtet, dann sieht man mit großer Verwunderung die Behauptung, daß Polen nur auf die eigenen Kräfte gerechnet hätte“. Die Zahlen unserer Auslandsverpflichtungen, welche die Haftungsbilanz Polens belasten, scheinen etwas anderes zu beweisen. Und wenn Polen wirklich ausländische Anleihen so gemieden hätte, zu welchem Zwecke haben dann die Vertreter des Finanzministeriums fortwährend Reisen nach Paris und nach anderen Finanzzentren unternommen? Gegen ausländische Anleihen kann man sich sehr erfolgreich wehren, wenn man die Räume in der Rymarskagasse nicht verläßt.“

Professor Rybarski schätzt auch die anderen Ausführungen des Vizeministers Koc, vor allem diejenigen, welche der internationalen Wirtschafts- und Finanzlage galten, nicht hoch ein. Seine kritischen Gespen lauten:

„Die Ansichten des Vizeministers sind sehr liberal. Durch die Stabilisierung der Währung will er den internationalen Finanzmarkt beleben. Er ist für die Rückkehr des Vertrauens, für die Aufhebung der Währungsbeschränkungen: „denn es handelt sich dabei überall um Reglementierungsmaßnahmen, welche das internationale Wirtschaftsleben drosseln, beschränken, wenn nicht gänzlich abschaffen.“

„Man hat dies schon auf mancher Konferenz gehört — spottet Prof. Rybarski —; man könnte, statt derlei Ansichten durch einen lebendigen Menschen verkünden zu lassen, ein Grammophon ausspielen, das diese glatten Sätze über das internationale Vertrauen, die Steigerung der Umfänge, die Aufhebung der internationalen Beschränkungen u. dgl. wiederholen würde. Diese Ansichten zielen ins Leere, denn die Lockerung der internationalen wirtschaftlichen Bindungen, der Verfall der Weltwirtschaft hat seine tiefen Quellen, welche durch Verge von Beschlüssen internationaler Konferenzen nicht zuzuschütten sind.“

Jede nationale Wirtschaft, jedes Imperium will seine eigene Politik führen — so läuft nun einmal die Entwicklung im 20. Jahrhundert.“

Der Chef der polnischen Delegation — so fährt Professor Rybarski fort — warnte außerdem vor Illusionen bezüglich der Möglichkeit einer allgemeinen Preiserhöhung. Überwiegend wird das Ansteigen der Preise für den Wendepunkt in der Krise gehalten. Deshalb haben die Vereinten Staaten den Golddollar ausgegeben. Die polnische Warnung ist zu spät gekommen. Über wir haben keinen Grund, uns darüber Sorgen zu machen und man kann überhaupt die Frage des Preisniveaus nicht

als ein in der ganzen Welt einheitliches Problem stellen. Wenn der internationale Austausch nicht übermäßig zusammenschrumpfen soll, müssen die Preise in den Kapitalanschaffenden Ländern höher, in den Schuldnern niedriger sein; andernfalls würden die Schuldnern Länder die Kosten des entliehenen Kapitals nicht tragen und ihren Export nicht steigern können. Wenn die Preise in den westlichen Ländern steigen, können wir davon profitieren.“

Nach diesem Nachweise, daß Vizeminister Koc (oder das Gremium seiner sachmännischen Berater) in dieser wichtigen Frage stark daneben geschossen hat, schließt Prof. Rybarski mit folgendem Aphorismus:

„Es ist manchmal besser, an die eigenen Probleme, die eine Entscheidung erheischen, zu

denken, als der ganzen Welt Ratschläge zu erteilen.“

Aber der Welt Ratschläge zu geben, ist viel leichter und angenehmer. Dieses Vergnügen leistet man sich auf der Weltwirtschaftskonferenz massenhaft. Mit anderen Staaten verglichen, fröhlt Polen diesem Vergnügen verhältnismäßig noch im bescheidenen Maße.

Man erteilt sich gegenseitig Ratschläge, von deren Nichtbefolgung man im voraus überzeugt ist; infogedessen ist man pessimistisch gestimmt. Dieser Pessimismus gelangt durch die Korrespondenten in die Presse, welche ihrerseits das Weltpublikum düster stimmt. Das düster gestimmte Weltpublikum beobachtet die Weltkonferenz, die wiederum ebenfalls beobachtet...

Stimmt das — oder stimmt das etwa nicht?

Hitler will Bodelschwingh nicht empfangen.

Nene Erklärungen zur Bischofsfrage.

Die Auseinandersetzungen in der Frage des Reichsbischofs sind erneut aufgelebt. Die Haltung der beiden Teile — auf der einen Seite der Glaubensbewegung Deutscher Christen, auf der anderen der Kirchenregierungen — wird beleuchtet durch eine Reihe von Erklärungen, die im Laufe des gestrigen Tages von den beteiligten Stellen veröffentlicht worden sind.

Wehrkreispfarrer Müller an den Dreier-Ausschuß.

Zunächst wurde ein Schreiben bekanntgegeben, das der Bevollmächtigte des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, am 15. Juni an die Bevollmächtigten der Kirchen gerichtet hat. Es lautet:

„In Ergänzung meines Schreibens vom 2. d. M. teile ich ergebenst folgendes mit: Der Herr Reichskanzler hat mir sein außerordentliches Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Arbeiten für den Neubau der deutschen evangelischen Kirche eine schwierige und durchaus unliebsame Entwicklung genommen haben. Er hat meine Bitte, die Herren Bevollmächtigten zu empfangen, abgelehnt. Er lehnt auch den Empfang des Herrn Pastors D. von Bodelschwingh ab. Ein Empfang beim Herrn Reichspräsidenten ist zur Zeit ebenfalls nicht möglich.“

Meines Erachtens ist die Lage zur Zeit die, daß Herr Pastor D. von Bodelschwingh von den Beauftragten der im Kirchenbund zusammengeschlossenen evangelischen Landeskirchen als Reichsbischof zwar in Aussicht genommen ist, daß aber ein anerkanntes Reichsbischofamt noch nicht besteht, solange nicht die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in Kraft ist. Diese Verfassung bedarf der Zustimmung des Kirchenvolkes wie der Zustimmung des Reiches. Es sollte deshalb zur Klärung und Entspannung der Lage vorstehende Tatsache bekanntgegeben und dabei betont werden, daß ein allgemein anerkanntes Reichsbischofamt zur Zeit noch nicht besteht. Es wird dankbar begrüßt, wenn die neuen Verhandlungen zwischen dem Dreier-Ausschuß und dem Bevollmächtigten des Kanzlers das Ziel verfolgen, in allen Landeskirchen neue Wahlen vorzubereiten oder einen anderen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden.“

Abschließende Erklärung der kirchlichen Bevollmächtigten.

Ferner wurde als abschließende Erklärung der Bevollmächtigten des Kirchenbundes zur Rechtslage in der Bischofsfrage von zuständiger kirchlicher Seite folgendes veröffentlicht:

„Gegenüber den öffentlichen Erörterungen, die sich mit der Rechtslage in der Bischofsfrage beschäftigen, geben die Bevollmächtigten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes folgende abschließende Erklärung ab:

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses ist am 27. April unter Zustimmung des Kirchenbundsrats einmütig bevollmächtigt worden, eine neue Verfassung des deutschen Protestantismus herbeizuführen. Bisher ist er zu allen durch die Neuordnung des Staatswesens veranlaßten, für das Wohl des deutschen Gesamtprotestantismus erforderlichen Maßnahmen sowie zu den gebotenen Erklärungen bei den Reichs- und Landesbehörden und anderen Stellen des öffentlichen Lebens beauftragt. Die Rechtsgültigkeit seiner Vollmacht steht danach einwandfrei fest.“

Im Rahmen dieser Vollmacht hat der Präsident des Kirchenausschusses zunächst den Landeskirchen D. Marahrens und den Direktor D. Hesse an seine Seite gerufen. Im Rahmen der Vollmacht sind ferner in Loccum Grundzüge einer künftigen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche entworfen worden. Sie haben allgemeine Zustimmung gefunden. Die Grundzüge stellen fest, daß die künftige Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche das Amt eines Reichsbischofs vorsieht.

Die kirchenpolitischen Ereignisse der letzten Wochen geboten es, den künftigen ersten Amtsträger schon jetzt zu bestimmen und seine Mitwirkung beim Ausbau der Verfassung zu gewinnen. Durch die Nominierung des Pastors D. von Bodelschwingh zum Reichsbischof der werdenden Deutschen Evangelischen Kirche ist dieser Schritt getan worden. Die dadurch bevoidekte Förderung des Verfassungswerkes hielt sich vollkommen im Rahmen des dem Präsidenten des Kirchenausschusses erteilten Auftrages. Mit überwältigender Mehrheit haben die Bevollmächtigten der Landeskirchen nachträglich dazu ihre Zustimmung gegeben. Sie haben sich damit, soweit es im Stadium der schwedenden Verfassungslage möglich ist, auf die Person des ersten Reichsbischofs mit bindender Wirkung geeinigt.

D. von Bodelschwingh hat demgemäß die ausdrückliche Aufgabe erhalten, seine Tätigkeit sofort aufzunehmen, die bis zur neuen Verfassung nicht in rechtlichen Kompetenzen, sondern in autoritarem Wirken in der Öffentlichkeit besteht.

Eine Verfassungsänderung des Kirchenbundes ist damit natürlich noch nicht vollzogen. Alle Erörterungen, ob die Vollmacht des Präsidenten des Kirchenausschusses das Recht zu Verfassungsänderungen in sich schließt, sind deshalb abwegig. Aber ebenso zweifellos ist es, daß der zum Reichsbischof der werdenden Deutschen Evangelischen Kirche bestimmte Theologe berechtigt und — da er die Nominierung zu jenem Amt seinerzeit

angenommen hat — auch gehalten ist, seine ganze Kraft für die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben, insbesondere für die Durchführung des Verfassungswerkes einzusetzen. Aus demselben Grunde sind der Präsident des Kirchenausschusses und seine Mitarbeiter berechtigt und verpflichtet, ihm bei der Durchführung ihres Auftrages jede mögliche Mitwirkung einzuräumen.“

Mit dieser Klarstellung sehen die kirchlichen Amtsstellen die Erörterung über die Rechtslage der Bischofsfrage ihrerseits als abgeschlossen an.“

Maßnahmen der Kirchenleitung.

In dem Schreiben von Wehrkreispfarrer Müller an die Bevollmächtigten der Kirchen wird von zuständiger kirchlicher Seite erklärt, daß die Veröffentlichung dieses Schreibens die kirchlichen Amtsstellen zu den erforderlichen Maßnahmen gezwungen hat. Welche Maßnahmen damit gemeint sind, wurde noch nicht gesagt.

Protestaktion der „Deutschen Christen“.

Die Berliner Organisation der Glaubensbewegung Deutsche Christen veranstaltete am Sonnabend einen Protest-Aufmarsch gegen die Benennung Bodelschwinghs zum Reichsbischof. Wehrkreispfarrer Müller erklärte, die Deutschen Christen wollten keine Politik in die Kirche tragen, sondern durch entscheidenden Einfluß die neue Volkskameradschaft auch seelisch unterstützen. Der Reichspropagandaleiter, Pfarrer Kessel, führte aus, die Deutschen Christen seien die Kirche von heute und morgen und beanspruchten die Führung. Pfarrer Kessel sagte weiter: „Wir möchten aus dem Grunde bitten, daß Bodelschwingh sich von seinem Posten zurückzieht, weil in unserer Hand sich Schriftstücke befinden, die darauf hindeuten, daß Bodelschwingh sich in den Geist des neuen Deutschland noch nicht hat hineinleben können.“

Am 27. Juni sollen in Groß-Berlin 19 Massen Kundgebungen veranstaltet werden, die sich gegen die Ernennung Bodelschwinghs zum Reichsbischof richten.

Der Reichsbischof weist den Vorwurf der Reaktion zurück.

Von der Kanzlei des Reichsbischofs erging folgende Mitteilung:

„In einer Form, die in breitesten Kreisen schon auf schärfste Ablehnung gestoßen ist, wird gegen D. von Bodelschwingh der unbegründete Vorwurf der Reaktion erhoben. Da diese Darstellung offenbar planmäßig verbreitet und wiederholt wird, gibt der Reichsbischof folgendes bekannt: Die immer wieder erhobenen Vorwürfe, daß die Reaktion sich hinter mir versteckt, erkläre ich in allem Ernst vor der deutschen Öffentlichkeit für unwahr. Wer mich kennt, weiß, daß ich mit Reaktion nichts zu tun habe. Die bisher von mir vertretene Arbeit hatte darin ihr Merkmal, daß sie für alles Neue offen war und entschlossen, es in den Dienst unseres Volkes zu stellen. In diesem Sinne werde ich vorwärts schauend auch mein jetziges Amt führen.“

Korrespondenzmeldungen zufolge hat in Kreisen der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die Tatsache Aufsehen erregt, daß D. von Bodelschwingh bereits in einem ausführlichen Programm zur Frage der Seelsorge im Arbeitsdienst Stellung genommen hat. Denigenen sei darauf hinzuweisen, daß bisher noch keineswegs feststehe, ob die maßgebenden Stellen der Frage der Bestätigung D. von Bodelschwinghs bejahend gegenüberstehen. Die Angelegenheit der Bestätigung des ersten Reichsbischofs sei durchaus noch nicht entschieden. Die „Deutschen Christen“ hätten Anlaß zu der Annahme, daß ihre Auffassung anständigen Stellen durchdringen würde. Dies ergebe sich z. B. auch daraus, daß die Stellen der bisherigen Kirchenregierung zugunsten der „Deutschen Christen“ bei der Ausgestaltung der religiösen Veranstaltung der deutschen Sender jetzt ausgeschaltet werden seien.

Am Freitag abend stand in der Rostocker Universität eine Kundgebung der „Deutschen Christen“ statt, auf der Pfarrer Hössenfelder sprach.

Diese Versammlung war von dem Rektor mit der Begründung verboten worden, daß sie dem vereinbarten Burgfrieden widerspreche. Die nationalsozialistischen Protestkundgebungen gegen diesen Beschluß hatten eine kurze Einstellung der Vorlesungen zur Folge. Nach einer Aussprache mit dem Rektor wurde durch Ministerpräsident Granzow das Verbot aufgehoben.

Der bayerische Pfarrerverein hat im Anschluß an die Einführung des neuen bayerischen Landeskirchens D. H. Meiser (der bekanntlich den Nationalsozialisten nahestehend) eine Entschließung zum Streit um den Reichsbischof gesäßt, in der es zum Schlus heißt:

„Wir lehnen die Lösung der Bischofsfrage durch Wahlen ab und verwerfen das Handeln nach kirchens fremden Gesichtspunkten in der Kirche.“

Birtschaftliche Rundschau.

Getreide-Lombard-Kredite für die Getreide-Kampagne 1933/34.

Der Oberste Rat der landwirtschaftlichen Organisationen ist bei der Leitung der Bank Polki mit der Forderung vorstellig geworden, nach dem Beispiel der vorangegangenen Jahre Getreide-Lombardkredite zur Finanzierung der Ernte 1933 und für die Getreidekampagne 1933/34 zur Verfügung zu stellen.

Landwirtschaftliche Kreise Polens legen einen besonderen Wert auf den Termin, von welchem ab diese Getreide-Lombardkredite der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Befürchtlich sind in den vergangenen Jahren wiederholte Verhängungen eingetreten, die die Bedeutung dieser Getreide-Lombardkredite wesentlich abgeschwächt haben. Wenn jetzt dem Termin eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, so geschieht dies nur deswegen, um den Getreide-Lombardkrediten die ihnen zustehende wirtschaftliche Rolle nicht zu schmälern. Der Oberste Rat der landwirtschaftlichen Organisationen hat daher in seinem Antrage hervorgehoben, die Lombardkredite möglichst rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zwecke sollen bereits in der Erntezzeit oder vielfach auch vorher alle die zur Erlangung der Kredite notwendigen Formalitäten erledigt werden können. Der Oberste Rat steht gleichfalls auf dem Standpunkt, daß die Vergünstigung dieser Kredite stark gesenkt werden müsse und keineswegs die Höhe der vorangegangenen Jahre erreichen darf.

Die Erntezzeit und die damit verbundenen großen Ausgaben stehen unter den augenblicklichen Voranstellungen eine besondere Belastung der Landwirtschaft dar. Sollte es zu einem erzwungenen Angebot von Getreide zu wesentlich herabgesetzten Preisen kommen, dann dürfte die Preisfaktilität am einheimischen Getreidemarkt die bestehenden Schwierigkeiten noch vergrößern. Es ist daher anzunehmen, daß der Antrag des Obersten Rates der landwirtschaftlichen Organisationen voll herzlichst willkommen wird.

Bank Cukrownictwa im Jahre 1932

6 Prozent Dividende.

Die der Generalversammlung der Bank Cukrownictwa vorgelegte und leichtin veröffentlichte Bilanz ist eine ausgesprochene Krisenbilanz, wenn auch die Erhebungen dieser Art nicht so stark zum Ausdruck kommen wie in anderen Betrieben. Der erzielte Reingewinn ermöglicht auch in diesem Jahre die Aussicht auf eine Dividende von 6 Prozent. Der ausgewiesene Reingewinn erreicht eine Höhe von über 2 Millionen Zloty. Der verbleibende Restgewinn von 905 000 Zloty wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Mit Rücksicht auf die allgemein schwierige Wirtschaftslage hat sich die Bank bemüht, eine hohe Liquidität das ganze Jahr hindurch zu erhalten. Zum Ausdruck kommt dies in der Höhe der Kassenbereitschaft von über 12 Millionen Zloty, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 3,7 Millionen Zloty darstellt.

Unter Berücksichtigung des allgemeinen Rückgangs der Rentabilität der Bankbetriebe hat sich auch die Zuckerbank zu einer erheblichen Senkung der Handlungsuntlasten verstehen müssen. Die Herauslösung der Handlungsuntlasten beträgt 1 Mill. Zloty.

Im Berichtsjahr setzte die Zuckerbank den kommissionsweisen Zuckerverkauf für alle 58 angeschlossenen polnischen Zuckerefabriken fort. Der Zuckerverkauf am Inlandsmarkt betrug im Berichtsjahr 294 500 Tonnen, d. h. 8 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Summe der Kredite, die den Käufern für den Ankauf von Zucker gewährt wurden, ist mit 80,6 Millionen Zloty ausgewiesen. Die Zuckerbank exportierte Zucker im Werte von 164,2 Millionen Zloty; davon entfielen 41,53 Prozent auf England, 21 Prozent auf die südosteuropäischen und die restlichen Mengen auf andere Länder. An künstlichen Düngemitteln verkaufte die Bank kommissionsweise 23 100 Tonnen, an Melasse 45 600 Tonnen, Kohle und Koks 99 400 Tonnen und an Zuckerafallprodukte 5800 Tonnen.

Die Bilanz weist folgende wichtige Hauptpositionen auf:

| Aktiva. | Mill. Zloty |
|-----------------------------|-------------|
| Kasse und Dispositionsfonds | 12,2 |
| Auslandsvaluten | 0,3 |
| Wertpapiere | 1,0 |
| Anteile und Aktien | 3,3 |
| Banken Loro | 1,9 |
| Banken Nostro | 3,4 |
| Diskontwechsel | 36,9 |
| Laufende Rechnungen | 65,4 |
| Immobilien | 3,8 |
| Passiva. | |
| Eigenkapitalien | 18,8 |
| Guthaben | 22,4 |
| Laufende Rechnungen | 16,9 |
| Wechseldiskont | 29,9 |
| Banken Loro | 0,06 |
| Banken Nostro | 26,6 |
| Gewinn für 1931/32 | 2,1 |

Die Bilanz schließt mit einer Summe von je 169,7 Mill. Zloty ab.

Die galizische Holzindustrie.

Der Holzeinfuhrstand in den östgalizischen Sägemärkten verlief im letzten Monat dank der günstigen Rundholzaufnahme normal. Der Holzabsatz im Inlande war infolge der noch schwachen Bautätigkeit verhältnismäßig eingestellt. Eine Belebung am Inlandsmarkt war lediglich in bezug auf Kistenmaterial festzustellen. Besucht waren Kistenbretter seitens des polnischen Spiritus- und des Tabakmonopols, zum Teil auch seitens der polnischen Zuckerindustrie. Auf dem Gebiete des Exports war eine gewisse Belebung für weiches Nadelholzmaterial, insbesondere für Fichten-, Tannen- und Buchenholz wahrzunehmen. Geringer war das Interesse für eichenes Exportmaterial.

Weitere Sentung der Eisenpreise gefordert.

Der Rat der polnischen Handwerkskammern hat eine Aktion in Richtung einer weiteren Verbilligung der Eisenpreise eingeleitet, die befannisch bei vielen Handwerksbetrieben in der Kalkulation eine entscheidende Rolle spielen. Der Rat der polnischen Handwerkskammern steht auf dem Standpunkt, daß die vom polnischen Eisenhüttensyndikat festgesetzten Preise immer noch ungemeinlich hoch sind. Das Eisenhüttensyndikat berechnet dem Großhandel z. B. einen Preis von 28 Groschen je 1 Kilogramm für Schmiedeeisen; im Kleinhandel aber stellt sich der Preis bei kleineren Abschlägen mitunter bis auf 45 Groschen je Kilogramm.

Der Rat der polnischen Handwerkskammern will ferner eigene Großhandelsunternehmungen des Handwerks für den unmittelbaren Einkauf von Rohstoffen beim Eisenhüttensyndikat gründen, um durch eine Ausschaltung der Vermittlung eine Preisverbilligung zu erzielen. Dieses Projekt findet in der polnischen Fachprese keine einheitliche Billigung. Man befürchtet von der Verwirklichung dieser Idee Schwierigkeiten für den Barenbezug und eine Komplikierung und Versplitterung der Marktverhältnisse.

Die Entschuldungsaktion für kurzfristige Agrarschulden in Polen im Gange. Die Konvertierungsaktion auf dem Gebiete der kurzfristigen Agrarschulden ist in Polen gegenwärtig in vollem Gange. Auf dem ganzen Gebiete der Republik Polen haben die Schiedsämter für Vermögensfragen des größeren Landbesitzes ihre Arbeiten aufgenommen. Die Schiedsämter werden Abmachungen zwischen den Gläubigern und Schuldner auf der Grundlage der im Gesetz über die landwirtschaftliche Entschuldung vorgezeichneten Richtlinien durchführen.

Biermarkt.

London, 19. Juni. Amtliche Notierungen am englischen Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 62, Nr. 2 mager 56–58, Nr. 3 54–55, Nr. 1 schwere sehr mager 60–61, Nr. 2 mager 54–56, Schäfer 56. Polnische Bacons in Liverpool 56–63. Die Gesamtzufuhren betragen in der Vorwoche in London 48 889 cwt. Polnische Bacons in London liegen stark im Preis nach, besonders stark war der Preisrückgang in Liverpool und Hull. Die Gesamtzufuhr in London belief sich im Mai d. J. auf 828 605 cwt., gegen 795 103 cwt. im Mai vorigen Jahres.

Belebung des Baumwollmarktes.

Währungschaos und Baumwollpreise.

Dr. Cr. Seitdem der Dollar die Goldparität verlor, zeigt der Baumwollmarkt eine spekulativeren Gesicht als in den vorausgegangenen Monaten. Die Preise in New York haben sich in der letzten Zeit über 8 Cts per lb. bewegt. Wie stark sie mit der Bewegung der amerikanischen Währung zusammenhängen, zeigt sich am besten darin, daß die Kursschwankungen der Baumwolle den Schwankungen des Dollars fast parallel laufen. Unzweifelhaft hat die Lösung des Dollars vom Golde vor allem in den Vereinigten Staaten eine gewisse Kauflust als Symptom der aus der europäischen Inflationszeit hinzüglich bekannten Inflationsangst hervorgerufen. Andererseits klammern sich die amerikanischen Wirtschaftspraktiker aber an die Hoffnung, daß es bald gelingt, eine neue Parität zwischen Dollar und Pfund herzustellen und anschließend die Festwährungen aller grundätzlich am Goldstandard festhaltenden Länder wieder in ein bestimmtes festes Verhältnis zum Dollarwert zu bringen. Hierdurch würden Erzepte in der Kurssentwicklung nach oben bisher einigermaßen vermieden. Solche sachlich unberechtigten Preissteigerungen der Baumwolle müßten bei ruhiger Betrachtung der Marktlage auch schon daran scheitern, daß die Verluste, die amerikanische Anbaufläche für das laufende Jahr einzuschränken, höchstlich und endgültig gescheitert sind und nach den vorliegenden Nachrichten sogar mit einer Vermehrung der Anbaufläche um 7 bis 10 Prozent zu rechnen ist. Da die aus den vorausgegangenen Jahren zurückgebliebenen Baumwollvorräte, insbesondere auch in Amerika, sich in der zurückliegenden Zeit kaum vermindernd haben und den Markt beunruhigen, ist es sogar wahrscheinlicher, daß auch im laufenden Jahr der Baumwollpreis eher nach unten als nach oben tendiert. Selbst bei einer starken Belebung der verarbeitenden Industrie und einer stärkeren Nachfrage der Spinner könnte sich eine Erschöpfung der greifbaren Vorräte in absehbarer Zeit noch nicht vollziehen. Diese Einräumung der Lage ergibt sich deutlich aus den Preisnotierungen in Liverpool, die in den letzten zwei Monaten zwar ein wenig nach oben tendierten, aber im großen und ganzen doch die Meinung verrieten, daß zu einer sachlich begründeten Hause bis auf weiteres noch keine Veranlassung vorliegt.

Wenn eine wirkliche Gesundung der Weltbauernwirtschaft und damit insbesondere wichtiger Teile der amerikanischen Landwirtschaft eintreten soll, so werden die Vereinigten Staaten nicht um die Lösung der Aufgabe herumkommen, sich der immer wieder hinausgeschobenen Restriktion des Baumwoll-Anbaus in einem Maße und für einen Zeitraum zu unterwerfen, welche einen wirklichen Abbau der angehäuften Vorräte ermöglichen. Mit der jetzt in den Vereinigten Staaten eingeleiteten Hoffnung der vorhandenen Stützungsbestände und deren langsamem Einfädeln in den Absatz durch eine Periode von 4 Jahren ist es nicht getan. Freilich sind die gewaltigen politischen Schwierigkeiten nicht zu verkennen, welche für die Amerikanische Regierung in einer zwangswise Reglementierung der Baumwollproduktion liegen. Viel Unzufriedenheit der Farmer ist der Ausgangspunkt der außerordentlichen sozialen Erschütterungen, denen die Vereinigten Staaten seit dem vorigen Herbst ausgesetzt sind. Aber wenn kleinere und weniger mächtige Staaten hinsichtlich anderer, den Lebensnerv ihrer kolonialen Landwirtschaft bildenden Produkte, im Zeichen der wirtschaftlichen Verunsicherung sich gegen vielleicht noch stärkere Widerstände auflehnen und durchsetzen, werden die Vereinigten Staaten, die sich im Besitz überlegener politischer Weisheit gegenüber den europäischen Vätern befinden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verkündung im "Monitor Polki" für den 20. Juni auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 6% der Lombardsatz 7%.

Der Zloty am 19. Juni. Danzig: Überweisung 57,47 bis 57,59, bar 57,48–57,60. Berlin: Überweisung 47,25–47,65. Prag: Überweisung 38,00. Zürich: Überweisung 58,05. London: Überweisung 30,18.

Warschauer Börse vom 19. Juni. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,50, 124,81 — 124,19. Belgrad — Budapest — Bucarest — Danzig —, Hellinotrop — Spanien —, Holland 9, 359,20 — 357,40. Japan — Konstantinopel —, Copenhagen —, London 99, 30,42 — 30,12. New York 7,32, 7,36 — 7,28. Oslo —, Paris 35,09, 35,18 — 35,00. Prag 26,55, 26,61 — 26,49. Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,15, 172,58 — 171,72. Tallin —, Wien —, Italien 46,69, 46,92 — 46,46.

* Holland Umsätze 358,35—358,25.

* London Umsätze 30,26—30,27.

Freihandelskurs der Reichsmarke 211,25.

Berliner Devisenkurse.

| Offizielle Distanz- läge | Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark | Im Reichsmark | |
|--------------------------------|---|------------------|-------------------|
| | | 19. Juni Geld | 19. Juni Brief |
| 2,5% | 1 Amerika | 3,467 | 3,473 |
| 2% | 1 England | 14,325 | 14,365 |
| 2,5% | 100 Holland | 170,08 | 170,42 |
| 9% | 1 Argentinien | 0,923 | 0,918 |
| 4% | 100 Norwegen | 72,28 | 72,42 |
| 4% | 100 Dänemark | 63,79 | 63,91 |
| 0,5% | 100 Island | 64,44 | 64,56 |
| 3,5% | 100 Schweden | 73,63 | 73,77 |
| 3,5% | 100 Belgien | 59,04 | 59,18 |
| 4% | 100 Italien | 2,15 | 2,19 |
| 2,2% | 100 Frankreich | 16,62 | 16,66 |
| 2,2% | 100 Schweiz | 81,57 | 81,73 |
| 6,5% | 100 Spanien | 36,06 | 36,14 |
| — | 1 Brasilien | 0,229 | 0,229 |
| 5,84% | 1 Japan | 0,889 | 0,889 |
| — | 1 Kanada | 3,117 | 3,123 |
| — | 1 Uruguay | 1,449 | 1,451 |
| 4,5% | 100 Tschechoslowak. | 12,54 | 12,56 |
| 6,5% | 100 Finnland | 6,339 | 6,351 |
| 5,5% | 100 Estland | 110,39 | 110,61 |
| 6% | 100 Lettland | 73,18 | 73,32 |
| 6,5% | 100 Portugal | 13,04 | 13,06 |
| 7,5% | 100 Bulgarien | 3,047 | 3,047 |
| 7,5% | 100 Jugoslawien | 5,195 | 5,205 |
| 6% | 100 Österreich | 46,95 | 47,05 |
| 3% | 100 Danzig | 82,57 | 82,73 |
| 9% | 1 Türlie | 2,038 | 2,042 |
| 11% | 100 Griechenland | 2,458 | 2,458 |
| — | 1 Kairo | 14,705 | 14,705 |
| 7% | 100 Rumänien | 2,488 | 2,492 |
| | Warschau | 47,40 | 47,60 |

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 7,25 Zl. do. fl. Scheine — Zl. 1 Pfd. Sterling 30,00 Zl. 100 Schweizer Franken 171,47 Zl. 100 franz. Franken 34,95 Zl. 100 deutsche Mark 196,00 Zl. 100 Danziger Gulden 173,22 Zl. tschech. Krone — Zl. österr. Schilling — Zl. holländischer Gulden 356,85 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 19. Juni. Es notieren: 1 prozent. Staatliche Konvert.-Anleihe 48 G., 1 prozent. Obligationen der Stadt Posen 92 +, 4/2 prozent. Dollarbriefe der Posener Landschaft 34 B., 4/2 prozent. Gold-Amortisation-Dollarbriefe der Posener Landschaft 35 G., 4 prozent. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 34,50 +, 4 prozent. Premium-Dollaranleihe (Serie 3) 49 +, 4/2 prozent. Roggenbriefe der Posener Landschaft 5,70 G., 3 prozent. Bauanleihe (Serie 1) 38 G., Bank Polki 73,50 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktionsmarkt.

Warschau, 19. Juni. Getreide, Mehl und Buttermittelabfü